Für die Einheit aller Marxisten-Leninisten! S.6

C 2146 E

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 6 | 13. März 1972 | 6. Jahrgang | 50 Pfennig

Gerangel um die Ostverträge:

BETRUG IN BONN

Nur die Arbeiterklasse kann den Frieden sichern

ARBEITERMORD in Frankreich - 50000 demonstrierten

Ein Zug wie in den revolutionären Maitagen des Jahres 1968 zog durch die Straßen von Paris. 50.000 demonstrierten gegen die Ermordung des 23jährigen Arbeiters Pierre Overney durch den Werkschutz der Automobilwerke Renault. Im Anschluß an die Demonstration, die von der Metro-Station Charonne zur Place de Stalingrade führte, und in der zahlreiche Transparente mit Aufschriften wie 'Stoppt den Faschismus!' 'Mord bei Renault!' 'Wir rächen Pierre Overney!' mitgeführt wurden, und in der auch Sprechchöre gegen den Verrat der KPF-Revisionisten erklangen, kam es zu heftigen Straßenschlachten mit der Polizei, in deren Verlauf 23 Demonstranten festgenommen und 25 Polizisten kampfunfähig gemacht wurden.

Pierre Overney war am 25.2. während einer Arbeiterdemonstration gegen die staatlichen Renault-Werke in Boulogne-Billancourt, bei der es zum Kampf mit der faschistischen Privatarmee des Unternehmens, genannt Werkschutz, mit ca. 30 zum Teil Schwerverletzten kam, von einem Werkschutzangehörigen, einem ehemaligen Feldwebel der Armee, erschos-

Als übles Werkzeug des kapitalistischen Staates erwies sich die revisionistische KPF. Sie beteiligte sich nicht nur nicht an der Demonstration, sondern hetzte auch noch die ihr hörige Gewerkschaft CGT gegen den Proteststreik der Renault-Arbeiter anläßlich des Mordes auf, indem sie die demonstrierenden und den er-

Feldwebel der Armee, erschossen worden. Overney hatte Flugblätter über die miserable Behandlung der nordafrikanischen Arbeiter bei Renault verteilt.

schossenen Arbeiter als 'Linksextremisten' zu diffamieren versuchte, die eine Angstpsychose im Lande erzeugen wollten.

***

Gegenwärtig erleben wir ein großes Schauspiel. Fernsehen und Zeitungen sind seit Wochen voll davon - und so wird es noch ein paar Wochen weitergehen. Worum geht es? Es geht um die sogenannten 'Ostverträge', das heißt die Abkommen der Bonner Regierung mit den Regierungen in Moskau und Warschau, genauer gesagt: den westdeutschen Imperialisten, die immer mehr Geld in die Rüstung stecken, den sowjetischen Sozialimperialisten, die vor knapp vier Jahren in der Tschechoslowakei einmarschiert sind und heute am liebsten in China, Rumänien und anderen Staaten das gleiche tun würden, und schließlich den polnischen Revisionisten, die durch ihre Morde an streikenden Werftarbeitern im Dezember 1970 bekanntgeworden sind. Was kommt dabei heraus, wenn solche Herrschaften sich zusammensetzen, wenn sie Verträge schließen? Wird dadurch der Frieden gesichert? Kann sich die Arbeiterklasse überhaupt etwas davon versprechen oder welchen Standpunkt muß sie dazu einnehmen? Das sind einige der Fragen, die sich heute klassenbewußte Arbeiter stellen müssen. Wir versuchen, eine erste Antwort zu geben.

Erste Frage: Regierung und 'Opposition' - die Kapitalisten reden mit zwei Zungen

Was bedeutet es, wenn die CDU sich gegen die Verträge mit Moskau und Warschau ausspricht? Wenn sie sogar Krach schlägt, wenn sie ihre Leute im Bundestag auffahren läßt, die dann mit Theaterdonner über die SPD-Regierung herfallen. Sogar der alte Kiesinger, nach dem kein Hahn mehr kräht, hatte da wieder seine große Stunde. Das sind doch nicht bloß schlechte Schauspieler, die sich mal ins Licht setzen wollen (ins Licht der Fernsehkameras, für Millionen Zuschauer). Da steckt doch mehr dahinter.

Regierung und 'Opposition' stehen nämlich nicht immer gegeneinander. In vielen Fragen sind sie sogar vollkommen einig. So wenn es um die Erhöhung des Rüstungshaushalts geht. Und natürlich auch, wenn es um die Erhöhung ihrer Abgeordnetengehälter geht: im Landtag von Nordrhein-Westfalen haben sich diese Herren 'Volksvertreter' jetzt zusätzliche 25% bewilligt. Fast einstimmig versteht sich. Ebenso einig sind sie sich darin, daß die Löhne der Arbeiter möglichst niedrig bleiben: hier heißt ihre Lohnleitlinie nicht 25%, sondern bloß 6%, die von den ständigen Preissteigerungen mehr als aufgefressen werden.

In diesen Grundfragen gibt es also keine Meinungsverschiedenheit zwischen CDU und SPD, zwischen 'Bild'-Zeitung und 'Frankfurter Rundschau'. Anders ist es auf einmal bei den Renten. Hier 'fordert' die CDU plötzlich eine Erhöhung. Das tut den Kapitalisten nicht weh, denn der Antrag kommt natürlich nicht durch. Und falls die CDU mal wieder an die Regierung kommt, dann sind Rentenerhöhung und andere soziale Verbesserungen natürlich längst vergessen. Das war dann bloß ein Mittel zum Stimmenfang. Die SPD hat es ja genau so gemacht, als sie früher in der 'Opposition' war.

Die Ablehnung der 'Ostverträge' durch die CDU ist ähnlich zu erklären. Als 'Opposition' muß sie natürlich dagegen sein. Aber ihre Zeitungsartikel und ihre Reden im Bundestag haben klar gezeigt: die CDU ist keineswegs grundsätzlich gegen die Verträge. Sie will nur mehr herausholen, sie will nur noch mehr Zugeständnisse durch die sowjetische und polnische Seite.

Und außerdem ist dieses Spiel zwischen SPD-Regierung und CDU-'Opposition' für die gemeinsamen Hintermänner von **beiden,** die westdeutschen Imperialisten, sehr zweckmäßig: sie können mit zwei Zungen reden: die eine Zunge redet von Frieden und erkennt **in Worten** die bestehenden Grenzen an. Das ist für die westdeutschen Imperialisten sehr zweckmäßig, denn diese Art von 'Entspannung' ist für sie eine Vorbedingung für die lautlose, wirtschaftliche und kulturelle Durchdringung der DDR und der anderen revisionistischen Staaten, um sie so sturmreif zu machen. Und um sich für diesen letzteren Fall die Hände nicht zu binden, um sich alle Möglichkeiten offen zu halten, um den Angriff schon ideologisch vorzubereiten, - dazu dient eben die zweite 'Zunge', nämlich die CDU-'Opposition'.

Zweite Frage: Wird der Frieden durch diese Verträge gesichert

Dazu sollte man sich einmal die 'Vertragspartner' genauer ansehen. Zuerst kurz zur Sowjetunion. Diese ist in den letzten Jahren zu einer imperialistischen Macht geworden. Sie hat ihre Besatzungstruppen in vielen Staaten Osteuropas und in der DDR, die dort mithelfen sollen, die Arbeiterklasse niederzuhalten. Ganz deutlich ist das in der Tschechoslowakei: die dortige Husak-Regierung, die vollkommen abhängig von Moskau ist, könnte sich keinen Tag länger halten, wenn die sowjetischen Besat-

Fortsetzung Seite 3

Weg mit den Fahrpreiserhöhungen! Nieder mit der SPD-Regierung!

Die SPD-Regierung zieht den Werktätigen die letzten Groschen aus der Tasche, um Profite und Rüstung zu erhöhen. In allen größeren Städten erhöhte sie in letzter Zeit die Fahrpreise und das wird sie weiterhin versuchen. Aber immer mehr erkennen die Massen, daß sie sich zusammenschließen und auf der Straße für ihre Interessen kämpfen müssen — gegen die Fahrpreiserhöhungen, gegen die unverschämten Angriffe des Kapitals und seiner SPD-Regierung. Der berechtigte Kampf für die kostenlose Beförderung muß weitergeführt werden zum Kampf für alle ökonomischen und politischen Interessen der Werktätigen.



Fahrpreisdemonstration in Essen am 22.1.72

Fahrpreiserhöhungen...: Fortsetzung von Seite 1

Massen lernen im Kampf

Das erkennen immer breitere Kreise der Bevölkerung. In vielen Städten beklagt sich der Stadtrat über die ständig zunehmende Sabotage an Fahrkartenentwertern. Und in den meisten Großstädten kommt es in den letzten Monaten zu Demonstrationen und militanten Aktionen gegen Fahrpreiserhöhungen. Allein im Februar gab es Demonstrationen und Straßenkämpfe in Köln, Bonn, Münster, Essen und Hannover.

In HANNOVER war es schon die zweite Demonstration. Vor zwei Jahren hatte die Bevölkerung durch ihren Straßenprotest erfolgreich eine Fahrpreiserhöhung abgewehrt und sogar den niedrigsten Tarif in der Bundesrepublik erkämpft.

Auch dieses Mal lief der Kampf gut an. Täglich nach Arbeitsschluß kamen Tausende Arbeiter, Angestellte, Lehrlinge, Hausfrauen, Rentner, Schüler und Studenten an den Hauptverkehrspunkten zusammen. Empört über die enormen Fahrpreiserhöhungen legten sie zeitweilig den gesamten Straßenbahnverkehr lahm, blockierten die Schienen und gossen Beton in die Weichen. An anderen Stellen fuhren Trupps in den Bahnen und weigerten sich zu zahlen.

Die Polizei ging mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die Demonstranten vor. Aber vor ihren Schlagstöcken, vor ihren Wasserwerfern, mit denen sie sogar Giftstoffe verspritzten, wichen die Massen nicht. Selbst provozierende Drohungen mit gezogener Pistole von 'Zivilen' konnten nicht einschüchtern. Auch passive Passanten erkannten schnell, daß die Polizei der Knüppel des Kapitals gegen das Volk ist, und sie solidarisierten sich mit den Demonstranten.

Warum geht die Polizei so brutal gegen solche Demonstrationen vor? Zum einen ist die Bourgeoisie auf die Preiserhöhungen angewiesen. Sie braucht das Geld zur Erhöhung ihrer Profite und zur besseren Ausrüstung ihrer Unterdrückungsinstrumente. Sie fürchtet, daß sich die Demonstrationen auf andere Städte ausweiten, wenn sie irgendwo nachgibt. Zum anderen aber ahnt sie, daß die Massen im Kampf lernen, Freund und Feind zu unterscheiden, und daß besonders erfolgreiche Kämpfe zu weiteren Forderungen ermuntern. Daß der Kampf eben nicht allein um 50 Pfennig geführt wird, sondern um politische Machtfragen - das fürchtet die Bourgeoisie am meisten. Deshalb schickt sie ihre Polizei, die den Kampf schon im Keim ersticken soll. Aber dazu ist es zu spät. Immer breiter wird die Kampffront gegen das Kapital und seine SPD-Regierung.

Räuber-Staat Israel verübt neue Aggression

Kurz nach der Abreise einer sogenannten sowjetischen 'Freundschaftsdelegation' aus Tel Aviv überfielen israelische Aggressoren mit schwerer Artillerie, Panzern und Kampfflugzeugen, mit Napalmbomben den Libanon. Sie bombardierten palästinensische Flüchtlingslager in Nabatiyet, töteten Frauen und Kinder und zerstörten zahlreiche Häuser von insgesamt fünf Dörfern. Trotz eines vom Weltsicherheitsrat gefaßten Beschlusses, weitere Militäraktionen zu unterlassen und sich unverzüglich aus dem Libanon zurückzuziehen, setzten sie ihren Angriff fort.

Wieder einmal haben die israelischen Zionisten bewiesen, wes Geistes Kind sie sind, Seit Jahren schon verüben sie mit Unterstützung der USA-Imperialisten Angriff auf Angriff, Schandtat um Schandtat gegen die Völker von Palästina und die anderen arabischen Länder. Solange aber palästinensischer und arabischer Boden noch besetzt sind, wird das palästinensische Volk für die Rückkehr in seine Heimat und die arabischen Völker für die Zurückeroberung der ihnen geraubten Gebiete kämpfen.

Doch nicht nur der USA-Imperialismus unterstützt Israel, sondern auch die sowjetrevisionistischen Sozialimperialisten, indem sie einen sogenannten 'Friedensvertrag' und eine 'politische Lösung' an den Mann zu bringen versuchen, die nichts anderes bedeutet, als den gerechten Kampf der Völker von Palästina und den anderen arabischen Ländern

Die Welt verändert?

'In dieser Woche hat sich die Welt verändert', verkündete US-Präsident Nixon emphatisch anläßlich eines Banketts in Schanghai kurz vor Ende seiner einwöchigen China-Reise. Hat sie das wirklich? Kaum. Weder hat sich etwas am aggressiven Charakter des USA-Imperialismus geändert, noch hat die Volksrepublik China den USA auf irgendeinem Gebiet Zugeständnisse gemacht. Nixons Äußerung war wohl mehr auf den bevorstehenden Wahlkampf in den USA zugeschnitten. Er hofft, daß ihm die amerikanische Bevölkerung die Po- schenmengen, als er vom Flugplatz in die Hauptstadt fuhr. Und daß man Empfänge gab, gehört zu den sogenannten diplomatischen Gepflogenheiten.

Die fünf Prinzipien der friedlicehn Koexistenz wurden zur Bekämpfung der imperialistischen Aggressions- und Kriegspolitik aufgestellt. Seinem Wesen nach ist der Imperialismus aggressiv und wird diesen seinen Charakter niemals ändern. Seinem Wesen nach liegen ihm die Prinzipien der friedlichen Koexistenz also nicht. Somit kann aber die Aner-

Für kostenlose Beförderung

Alle Macht der Arbeiterklasse

Verzweifelt versucht die deutsche Kapitalistenklasse, sich am eigenen Schopfe aus der tiefer werdenden Krise zu ziehen. Dafür hat sie die SPD-Regierung eingesetzt, die mit demagogischen Tricks der Arbeiterklasse die Lasten aufhalsen soll. In allen Staatlichen Bereichen werden die Verbraucherpreise unaufhörlich in die Höhe getrieben, so bei der Bundesbahn, noch auffälliger bei der Post.

Besonders tief in die Tasche greift die SPD-Regierung den Werktätigen im Nahverkehr. In den letzten 2 Jahren wurden in allen Städten die Fahrpreise mehrmals um das Doppelte und Dreifache erhöht. Das steht noch weiterhin an. Und wer auf die tägliche Fahrt mit dem Bus zum Betrieb, zur Schule und zum Einkaufen angewiesen ist, dem hinterlassen diese unverschämten Preistreibereien der SPD-

Führer auch: 'einige ultralinke Abenteurer, die Gewaltaktionen provozieren', so hetzen sie (UZ).

Die DKP-Führer hatten alles getan, um die Massenaktionen gegen die Fahrpreiserhöhungen in eine 'disziplinierte, gewaltlose und friedliche Protestaktion' umzugestalten, zu einem Bittgang zur Stadtverwaltung mit einer Sammlung von Unterschriften. Dies haben sie schon früher durchexerziert, indem sie rote Fahnen zerrissen und Demonstranten bei der Polizei denunzierten. Diesmal half das alles nichts, und sie bemühten sich, die ganzen Aktionen zu sabotieren. Wie vor einigen Monaten in Offenbach riefen sie die Demonstranten mit Lautsprecherwagen auf, die Schienen zu räumen.

Die revolutionären Gruppen, die sich in Kampfkomitees zusammenschlossen, hielten noch eine Zeitlang stand. Aber es gelang nicht, die Resignierenden erneut zu mobilisieren und eine Kampfeinheit herzustellen. Diese Gruppen hatten vielfach ihre Hauptagitation an der Universität geleistet, statt sich mehr mit den Werk-

se des großen Friedensvermittlers abkaufen wird. Und auch wenn er nach seiner Rückkehr nach Washington betonte, es seien 'keine geheimen Absprachen mit China' getroffen worden, so sagt er nichts neues: Schließlich war er in Peking und nicht in Moskau.

Faßt man das Ergebnis des China-Besuches Nixons zusammen, so kann man sagen, daß sich bezüglich der leninschen Prinzipien der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten verschiedener Gesellschaftsordnung die Volksrepublik China und die USA nähergekommen sind. Diese fünf Prinzipien lauten: Gegenseitige Achtung der territorialen Integrität und Souveranität, gegenseitiger Nichtangriff, gegenseitige Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, Gleichberechtigung und gegenseitiger Vorteil, friedliche Koexistenz.

Die friedliche Koexistenz ist das Prinzip, das sozialistische Länder gegenüber imperialistischen Staaten anwenden. Es soll helfen, Handel zu treiben und, wo es möglich ist, Krieg zu verhüten. Keinesfalls darf es jedoch zu unrealistischen Vorstellungen über die imperialistischen Staaten führen. Und niemand in der Volksrepublik China wird annehmen, daß mit dem Nixon-Besuch aus dem raubgierigen US-imperialistischen Wolf ein frommes Lämmlein geworden sei. Nixon wurde sachlich korrekt und höflich empfangen, niemand sah jubelnde Menkennung dieser Prinzipien durch die imperialistischen Staaten nur im Kampf erreicht werden. Daß sich der USA-Imperialismus bereitfand, den Schritt der Annäherung gegenüber der Volksrepublik China zu machen, liegt an seiner Schwäche, die ausweglose Lage, in die er durch seine Aggression in Indochina geraten ist, die Widersprüche im eigenen Land zu meistern.

Marshall-Plan für China, Verrat der Volksrepublik China an den Völkern Indochinas - all diese Lügenmärchen, mit denen die bezahlten Schmierfinken der bürgerlichen und revisionistischen Presse den Kotau Nixons vor den Völkern der Welt vertuschen wollen, all diese Hirngespinste sind verflogen. Das Abschluß-Kommunique beweist es. Während die Volksrepublik China die friedliche Koexistenz mit den USA anstrebt erfüllt sie gleichzeitig unerschütterlich ihre Pflicht dem proletarischen Internationalismus gegenüber. Unterstützt sie tatkräftig die nationale Befreiungsbewegung in den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, die Arbeiterbewegung in den Ländern Westeuropas, Nordamerikas und Ozeaniens, den revolutionären Kampf der Völker aller Länder sowie ihren Kampf gegen die imperialistische Aggressions- und Kriegspolitik. Lehnt sie es ab, selbst eine Supermacht zu werden, lehnt sie es ab, Hegemonie- wie Machtpolitik jeder Art zu treiben.



Regierung spürbare Lücken in der Lohntüte und im Haushaltsgeld.

Angeblich gibt es zu wenig Geld im Staatssäckel. Aber es sind Milliarden für Kriegvorbereitungen und zur Ausrüstung der Polizei da, damit der Kampf der Volksmassen für ihre Interessen niedergeschlagen werden kann. Den amerikanischen Besatzungstruppen wird der Rachen vollgestopft. Die Kohlenbarone kriegen Millionen für Zechenschließung, d.h. für den Rausschmiß von Tausenden von Arbeitern. Riesige Summen werden für die Vernichtung von Obst, Gemüse und Butter verschleudert. Aber für die Werktätigen ist angeblich kein Geld da.

'Die Länder bekommen zu wenig Geld. Unterstützt den Stadtrat' — so schreien die DKP-Führer. Angeblich sind so viele SPD-Bürgermeister fortschrittlich, und die würden ja gern, wenn sie nur könnten. Wenn denen das Wohl des Volkes so nahe steht, warum haben sie dann noch führende Positionen in der SPD? Nein, sie sind nur 'linke' Phrasendrescher. Das zeigt sich sehr schnell bei allen Aktionen gegen Fahrpreiserhöhungen. Sie stehen dann nicht auf seiten der demonstrierenden Bevölkerung. Sie hetzen die Polizei auf die Demonstranten und ziehen sich in schwerbewachte Konferenzräume zurück.

Sabotage der DKP-Führer entlarven!

Den DKP-Führern wird der Kampf der Massen zu viel. Sie wollen der SPD-Regierung doch nur bei der 'Planung' im Kapitalismus helfen. Haben sie doch gerade die SPD gelobt, daß die ihre Vorschläge im Flensburger Nahverkehrsprogramm in 'realistischer Haltung' übernommen haben (UZ). Sie wollen keinen Kampf der Massen für ihre eigenen Interessen, sonder 'die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Zustände in Hannover' (UZ). Und wer diese 'verfassungsmäßigen Zustände' angeblich bricht, sagen die DKP-tätigen zu verbinden. Schwerwiegender aber war, daß viele ihrer Führer versöhnlerisch gegenüber den DKP-Führern waren und auf eine Aktionseinheit mit ihnen vertrauten. So konnten sie nicht verhindern, daß die Illusionen vieler Demonstranten über den Kampfwilligen der DKP-Führer in Resignation umschlug.

Lehren aus dem Kampf

Wir können uns nicht auf die bestehenden Organisationen, die fest in der Hand von reformistischen und revisionistischen Führern sind, verlassen. Wir brauchen **eigene Organisationen, die alle revolutionären Kräfte an der Basis und in der Aktion zusammenfassen,** die den Abwieglern von der DKP-Führung und anderen Kapitalistenknechten eine Abfuhr erteilen, die den Kampf in die eigenen Hände nehmen.

Keine Illusionen mehr über die DKP-Führer

Diese Leute werden immer mehr zum entscheidenden Bremsklotz innerhalb der Arbeiterbewegung. Sie greifen in Aktionen ein, nur um ihnen die Spitze zu nehmen, um sie schließlich der SPD und damit der Kapitalistenklasse unterzuordnen. Wer davon ablenkt, wer behauptet, nicht die DKP-Revisionisten, sonder die 'Sozialdemokratie' sei die Hauptgefahr in der revolutionären Arbeiterbewegung, der trägt dazu bei, daß sich viele noch Illusionen über die Revisionisten machen. Und das schadet unserm Kampf.

In dieser Frage konnten wir volle Einheit mit vielen KJVD-Genossen erzielen - auch und gerade in Hannover. Denn die 'Theorien' der Roten Fahne-Bochum werden nicht zuletzt durch die Praxis des Klassenkampfes widerlegt.

'Ohne Kampf gegen den Revisionismus bleibt der Kampf gegen den Imperialismus eine hohle und verlogene Phrase.' Schon unsere heutige Kampfpraxis bestätigt diese Feststellung Lenins. · Revolution vorbereiten, das heißt nicht abwarten, bis es soweit ist. **Die Revolution vorbereiten, das heißt, heute schon damit anfangen,**

sich die revolutionären Kampferfahrungen aneignen

sich mit der marxistisch-leninistischen Vorhut, der KPD/ML zusammenschließen.

anderen arabischen Ländern für die Wiederherstellung ihrer nationalen Rechte und für die Zurückeroberung der verlorengegangenen Territorien zunichte zu machen.

So schmäht denn auch die sowjetische Zeitung 'Prawda' den Kampf der palästinensischen Partisanen als 'verantwortungslose abenteuerliche Ausschreitungen'. Mit Macht bemühen sich die Sowjetrevisionisten in letzter Zeit, die diplomatischen Beziehungen zu Israel wiederherzustellen.

ROTER MORGEN

Zentralorgan der
KOMMUNISTISCHEN PARTEI
DEUTSCHLANDS
MARXISTEN-LENINISTEN

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust; Verlag Roter Morgen GmbH, Westberlin. **Druckort Würzburg; Redaktion: 2 Hamburg 71, Postfach 464.** - Postscheck Kto. Nr. 262767; erscheint alle vierzehn Tage montags; Einzelpreis 50 Pfennig; Abonnement Inland 11,— DM für ein Jahr (26 Ausgaben) einschl. Porto. Ausland 11,— DM für ein Jahr (26 Ausgaben) zuzügl. Porto. Das Abonnement ist für ein Jahr im Voraus durch Überweisung auf unser oben stehendes Postscheckkonto zu zahlen.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

GEWERKSCHAFTS'DEMOKRATIE' IM DGB – ALS SCHWINDEL ENTLARVT!

Im Schaltwerk sollten die sieben Delegierten für die Vertreterversammlung der IG-Metall Westberlin gewählt werden. Diese Vertreterversammlung soll (laut Satzung!) für drei Jahre die Politik der IG-Metall in Westberlin bestimmen. Aber hier werden auch die Delegierten für den Gewerkschaftstag der IGM (auf dem, auch laut Satzung, die Politik der Gesamt-IGM bestimmt wird), für die Tarifkommission und was es sonst noch für Kommissionen gibt, gewählt. Also, sollte man meinen, eine wichtige Wahl, bei der möglichst alle Gewerkschaftsmitglieder des Schaltwerks teilnehmen sollten. Pustekuchen!

Die IGM-Bonzen taten ihr möglichstes, diese Wahl geheimzuhalten, indem sie nur ganz vereinzelt kleine Zettelchen an einige schwarze Bretter hängten, mit einer Tagesordnung für die Gewerkschaftsversammlung, aus der kaum ein Kollege schlau werden konnte. Trotzdem waren dann am 8.2. mehr als 80 Kollegen im 'Stammhaus' erschienen, der kleine Raum war zum Brechen voll. Darauf waren die Bonzen ebensowenig vorbereitet wie auf die kämpferische, feindselige Stimmung, die ihnen entgegenschlug! Die Kandidaten für die Wahl sollten nicht etwa in einer Diskussion aufgestellt werden, sondern die standen alle schon fein säuberlich in Reihenfolge auf einem Wahlzettel, den die Kollegen nur noch ankreuzen

Da zogen die Bonzen plötzlich die Satzung aus der Tasche und lasen vor: 'Als Vertreter können nur Mitglieder gewählt werden, die der Gewerkschaft mindestens 12 Monate ununterbrochen angehören und während dieser Zeit satzungsgemäße Beiträge geleistet haben.' 'Wahlberechtigt sind nur solche Mitglieder, die der Gewerkschaft drei Monaet angehören und während dieser Zeit satzungsgemäße Beiträge geleistet haben.'

Als dann immer noch Kandidaten übrig waren, die sowohl 12 Monate Mitglieder waren als auch Beitrag gezahlt hatten, kam der zweite Trick:

Sie hatten den Beitrag gezahlt, den ihnen ihr Vertrauensmann genannt hatte. Das war aber meistens der Mindestbeitrag von 7 DM, wer aber mehr als 550 DM brutto im Monat verdient, muß auch mehr Beitrag zahlen! Bis zu 48 DM.

Die meisten Vertrauensleute aber nennen auf die Frage, welcher Beitrag gezahlt werden müsse, den Mindestbeitrag! Und mit diesem Trick erreichen die Bonzen, daß die meisten Kollegen, die das gar nicht einmal wissen - 80% auf der Versammlung allein - weder stimmberechtigt noch wählbar sind!

Als somit die aussichtsreichsten Kandidaten ausgeschaltet waren und die Bonzen mit einer Ausnahme (ein Lehrling, der sowieso nur zwei Mark zahlen muß) wieder



Die anwesenden Kollegen haben eine Lehrstunde in bürgerlicher 'Demokratie' erteilt bekommen. Eine Demokratie, die nur dazu da ist, den Massen der Arbeiter und Werktätigen die Illusion zu geben, als würden sie ihre Regierung selber 'wählen'. Wir können zwar 'wählen' zwischen CDU und SPD, aber das ist eine Wahl zwischen Hoffmann und Garbe, zwischen Tacke und Plettner. Die wirkliche Macht in diesem Staat stützt sich nicht auf das Wahlergebnis, sondern auf Armee, Polizei, Justiz, Bürokratie! Wir können zwar die Vollstrecker unserer Ausbeutung selber wählen, aber wir haben eben immer nur die Wahl zwischen verschiedenen Vollstreckern. Die Ausbeuter selber, die Herren von Siemens, Flick, Abs, Quandt und wie sie alle heißen, die können wir nicht abwählen, die können wir nur mitsamt ihrem Staatsapparat durch die bewaffnete proletarische Revolution loswerden!

Können wir denn die Brenner, Vetter und Co. abwählen? Genauso wenig. Wenn schon die unterste Ebene des Gewerkschafts apparats so abgesichert ist, wie die 80 Kollegen vom Schaltwerk es gerade erlebt haben, dann kann man sich vorstellen, wie das erst auf den höheren Ebenen aussieht. Trotzdem müssen wir als Kommunisten um jeden Platz kämpfen, weil wir dadurch die Bonzen zwingen, ihr arbeiterverräterisches Gesicht offen zu zeigen, weil wir so im Betrieb immer mehr Kollegen gewinnen können, mit uns oppositionell in der Gewerkschaft zu kämpfen.

Kein Vertrauen den SEW-Führern!

Zugleich war diese Versammlung ein harter Schlag gegen die Lügenmärchen der SEW-Revisionisten, die uns immer weismachen wollen, man könne den Staatsapparat durch Wahlen erobern. Die den Gewerkschaftsbonzen in den Hintern kriechen, sich lieb Kind machen, weil sie hoffen, so auch den Gewerkschaftsapparat durch 'Wahlen' erobern

Kollegen, die bereit sind, den Kampf gegen die Angriffe der Kapitalisten und ihrer Handlanger entschlossen aufzunehmen, die gewerkschaftliche Oppositionsarbeit.

Kollegen, zieht auch die politischen Lehren aus diesem Vorfall: Die bürgerliche 'Demokratie' diese versteckte Diktatur der Ka-

DKP lobt DGB-Bonzen und erklärt Arbeiter für rückständig und dumm

Auf einer DKP-'Arbeiteraussprache' in Gießen konnte man die 'wahren Gründe' erfahren, warum in der letzten Metallrunde nicht überall im ganzen Bundesgebiet gestreikt wurde: die Arbeiter hätten dafür nicht das richtige politische Bewußtsein! Und das, obwohl damals die Berufsabwiegler von SPD, IG Metall und DKP alle Hände voll zu tun hatten, um eine Ausweitung des Streiks zu verhindern.

Als einige fortschrittliche Kollegen die arbeiterfeindliche Politik des DGB-Apparats angriffen, wurden sie 'belehrt', daß die Gewerkschaft 'fest auf der Seite der Arbeiterschaft steht', daß, wenn es so aussieht, als ob ihre Politik arbeiterfeindlich sei, es nicht an der Führung, sondern an der 'Rückständigkeit der kleinen Mitglieder, also der Kollegen selbst', liege. Ein DKP-Bonze, der extra aus Frankfurt gekommen war, verstieg sich sogar in die Behauptung, Leute wie Brenner und Vetter seien 'schwer in Ordnung', sie würden sogar ein Drittel ihres (in die Hunderttausende gehenden) Gehalts an die Gewerkschaft abgeben. Sehr großzügig, kann man da nur sagen! Es bleibt diesen armen Burschen dann ja auch kaum noch was zum Leben!

Die anwesenden Kollegen (außer einigen sowieso antirevisionistisch eingestellten Arbeitern war ohnehin kaum

brauchten. Der ganze 'demokratische' Schwindel wurde aber vollends sichtbar, als die Kollegen plötzlich Kandidaten aus den eigenen Reihen vorschlugen, die offensichtlich auch die Zustimmung der meisten Anwesenden fanden - außer der Bonzen natürlich, die sich selbst auf die Liste gesetzt hatten.

unter sich auf der Kandidatenliste waren, da zeigten sie plötzlich väterliche Großzügigkeit und genehmigten gnädigerweise und ausnahmsweise, daß die ja nicht einmal wahlberechtigten 80% wenigstens 'wählen' durften! Jetzt, wo gesichert war, daß die Bonzen nicht mehr abgewählt werden konnten, da war die 'Demokratie' wieder in Ordnung!

apparat durch Wahlen erobern zu können. Diese Arbeiterverräter stellen sich lieber auf die Seite der Bonzen, um ja nicht aufzufallen, um ja nicht ausgeschlossen zu werden, als daß sie klassenkämpferisch die Interessen der Kollegen vertreten. Kollegen, zieht die Lehren aus diesem Vofrall: Organisiert mit uns und allen fortschrittlichen

diese versteckte Diktatur, der Kapitalisten, kann nicht durch Wahl abgeschafft werden, sondern nur durch den revolutionären Kampf! Diesen Kampf haben die SEW-SED-DKP-Führer verraten! Diesen Kampf zu führen bauen wir die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten auf! Darum:

'Die Hauptsache ist, daß man zu lernen versteht!' (Mao Tsetung)

Die Kollegen vom Schaltwerk haben gelernt! Sie haben Unterschriftenlisten herumgehen lassen und die Wahl angefochten. Obwohl sich noch mancher Kollege von den Betriebsräten einschüchtern ließ, die wie von der Tarantel gestochen die Abteilungen abrannten und mit Drohungen die Unterschriften verhindern wollten, war die Aktion doch ein Erfolg. Aber die Kollegen sind dabei nicht stehen geblieben! Sie haben sich jetzt zusammengesetzt, um gemeinsam über die nächsten Schritte einer gewerkschaftlichen Oppositionsarbeit zu beraten! Der 'Rote Lautsprecher' wird diese Aktivitäten in jeder Hinsicht unterstützen!

Hinein in die Betriebsgruppe 'Roter Lautsprecher' der KPD/ML!

'Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung. Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben in ihr nichts zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen. Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!

(Marx/Engels, Manifest der Kommunistischen Partei)

Betrug in Bonn

Fortsetzung von Seite 1

zer das Land verlassen würden. - Von einer solchen Macht wie der Sowjetunion, die ihre Truppen einmarschieren läßt, wo sie nur kann, einen Beitrag zum Frieden zu erwarten, wäre eine äußerst schädliche Illusion.

Aber wichtiger als die gegenwärtig noch herrschende Klasse in Polen und der Sowjetunion ist für uns der dritte 'Vertragspartner', die herrschende Klasse in unserem eigenen Land. Hier steht die Frage so: Ist der westdeutsche Imperialismus durch die SPD-Regierung etwa 'friedlicher' geworden, kann er überhaupt durch einen bloßen Regierungswechsel oder bloße Verträge mit anderen Mächten friedlicher werden?

Einige Leute versuchen, uns das einzureden. Aber lassen wir uns nicht täuschen, sehen wir uns die Tatsachen an: die Aufrüstung hier in Westdeutschland geht unvermindert weiter. Gerade jetzt, unter einer SPD-Regierung, haben wir die größten Rüstungsausgaben seit Hitler. Doch es gibt noch andere, weniger auffällige Kriegsvorbereitungen: die 'psychologische Kriegsführung'. Da gibt es zum Beispiel in der Bundeswehr drei ganze Kompanien, die gut getarnt vor den anderen Soldaten und der Öffentlichkeit sich ausschließlich damit beschäftigen - und zwar schon seit Jahren. Sie versuchen zum Beispiel die DDR-Bevölkerung zu beeinflussen. Diese Aktionen werden schon **seit jeher** von der SPD unterstützt (vom sogenannten 'Ostbüro der SPD'), auch schon unter der Adenauer-Regierung, zu einer Zeit also, als die SPD im Bonner Parlament scheinbar gegen die Aufrüstung war - doch das war nur Lug und Trug zur Täuschung der Massen.

Oder ein anderes Beispiel: die westdeutschen Besucher, die in diesen Taten, aus der Tschechoslowakei zurückkommen, werden von einem freundlich tuenden Bullen des Bundesgrenzschutz empfangen und mit folgenden Fragen behelligt: 'Haben sie Truppenbewegungen gesehen' - möglichst mit genauen Angaben. Oder: 'Wie ist die Stimmung der tschechischen Bevölkerung?' Die westdeutschen Imperialisten meinen wohl, die ČSR, deren Regierung nicht die geringste Basis im Volk hat, wird eines Tages wie ein reifer Apfel in ihren Schoß fallen - zur Not mit etwas Nachhilfe durch die NATO-Truppen. Man sieht: Gerade unter dem Deckmantel von 'Frieden' und 'Entspannung' soll der dritte Weltkrieg vorbereitet werden.

Mit der polnischen Führungsclique ist es ähnlich. Sie ist zwar nicht so stark, um andere Länder zu unterdrücken (sie hat sich allerdings am sowjetischen Überfall auf die Tschechoslowakei 1968 beteiligt), dafür unterdrückt aber auch sie die Werktätigen des eigenen Landes. Sie kann sich gegenwärtig nur noch durch die Unterstützung der Sowjetunion und ebenso der Bundesrepublik über Wasser halten. Aber das bedeutet, daß sie die nationalen Interessen des polnischen Volkes verraten und verkaufen muß - und zwar gleichzeitig an zwei Seiten. Das wird die Lage in Polen nur verschärfen; der revolutionäre Sturm in den Hafenstädten und Industriezentren Polens im Dezember 1970 war erst ein Anfang. Und erst wenn hier und überall in Europa die Arbeiterklasse an der Macht ist, kann auch der Frieden gesichert werden.

Dritte Frage: Bringen die 'Ostverträge' andere Vorteile, machen sie etwa die Arbeitsplätze sicherer?

Auch das versuchen uns gewisse Leute, so die DKP-Führer einzureden. 'Unser Land braucht Handel und Wandel', so schreiben sie in ihrer Zeitung. Dabei verschweigen sie ganz bewußt, daß 'unser Land' nicht von uns, sondern von der Kapitalistenklasse regiert und beherrscht wird, und daß in der Sowjetunion ebenfalls nicht die Arbeiterklasse das Land regiert, sondern eine neue Ausbeuterklasse. Und die Ausbeuter brauchen natürlich **auch** 'Handel und Wandel', die westdeutschen ebenso wie die sowjetischen. Aber wir wissen von Marx, daß die Profite nicht durch

Fortsetzung Seite 7

jemand da) drängten die DKP-isten durch Fragen und Beiträge immer mehr in die Ecke. So zwangen sie die Revisionisten zu einer Stellungnahme zur RGO-Politik (revolutionäre Gewerkschaftsopposition) der KPD der zwanziger Jahre. Die Antwort kam wie erwartet: diese Politik sei völlig falsch gewesen und habe nur geschadet! Darauf können wir nur sagen: Jawohl, geschadet hat diese Politik, aber nicht der Arbeiterklasse und der Revolution, sondern denen, mit denen die DKP heute zusammenarbeitet, den arbeiterfeindlichen reformistischen und sozialfaschistischen Führern in SPD und DGB.

Bei einer anderen 'Arbeiteraussprache' der DKP in Wetzlar, auf der Genossen von uns zusammen mit Genossen der Gruppe Rote Fahne (Bochum) den Revisionismus der DKP restlos entlarvten, konnten die DKP-isten am Ende nichts anderes mehr sagen als: 'Ein Glück, daß heute abend keine Arbeiter da waren!!'

MAN - Augsburg:

Ein Arbeiter berichtete:

Seit der neue Direktor, Fischer, in der MAN ist, kann man es fast nicht mehr am Arbeitsplatz aushalten. Das 'Betriebsklima' steht auf dem Nullpunkt. Wo es nur geht, wird rationalisiert. Wenn da zum Beispiel früher vier Mann an einem Arbeitsplatz waren, da heißt es: 'Die stehen ja nur herum und gucken in die Luft. Zwei Mann reichen da aus.' Und diese zwei können dann schuften, was das Zeug hält. Will man während der Arbeitszeit mal mit einem Kollegen ein oder zwei Worte wechseln, schon wird dazwischengefahren, ob man denn überhaupt nichts zu tun hätte. So schlimm ist es bisher noch nicht gewesen. Meinen Namen kann ich dir nicht sagen, ich möchte ja meinen Arbeitsplatz nicht verlieren. Aber ihr müßt das einmal in eurer Zeitung bringen, wie es hier aussieht. Die meisten trauen sich natürlich nicht, eine kommunistische Zeitung am Fabriktor zu kaufen, da könnten sie ja bei der nächsten Gelegenheit entlassen werden.

Kapitalistisches

Kapitalistisches

Was verdient Bundeskanzler Brandt? 17.987,56 im Monat, wovon 6.282.-- Mark steuerfrei sind. Bundesminister Scheel erhält 5.986.05, davon 4.882.-- steuerfrei. Bundespräsident Heinemann bringt es auf 12. 841,73 Mark plus monatlicher Aufwandsentschädigung von 11.000.-- Mark. Und Bundestagspräsident Kai Uwe von Hassel erhält voll steuerfrei - da es sich ausschließlich um Abgeordneten-Diäten handelt - 12.486.-- im Monat, was einem Normalbürgergehalt von rund 25.000.-- Mark im Monat entspricht. Also rund das 25-fache von dem, was ein Arbeiter verdient oder anders gerechnet, ein Monatsgehalt, für das ein Arbeiter zwei Jahre lang arbeiten muß.

Dabei spielen für viele Bundestagsabgeordnete ihre Diäten kaum mehr als die Rolle eines Trinkgeldes. Als Aufsichtsräte mittels Berater-Verträgen oder auch ganz einfach als selbständige Unternehmer erhalten sie noch weit mehr.

* * *

Profitstreben

In ihrem Streben nach höchsten Profiten bringen die Kapitalisten immer neue völlig überflüssige, teils sogar gefährliche Produkte auf den Markt. Besonders auf dem Arzneimittelmarkt wird in dieser Hinsicht Schindluder getrieben. Von den rund 30 000 Medika-

TREIBT DEN MIETERKAM

Die Profitgier der Kapitalisten ist die Ursache der Wohnungsnot

Die Wohnungsnot nimmt immer untragbarere Formen an. Die Mieten sind schon so hoch geschraubt, daß sie kaum noch ein Arbeiter, Angestellter oder Rentner bezahlen kann. Der werktätigen Bevölkerung wird durch Lohnabbau und Preissteigerungen der Geldbeutel immer schmaler. Die Hauseigentümer werden zu Blutsaugern an den Mietern. Sie halten das Wohnungsangebot niedrig, um immer höhere Mieten einzutreiben. Sie machen schon ein Drittel des Lohnes aus und oft noch mehr.

Wohnungen mit tragbaren Mieten werden bedenkenlos abgerissen oder umgebaut zu Luxuswohnungen - die Mieter werden einfach rausgeschmissen. Die Hauseigentümer und Kapitalisten verfolgen nur ein Ziel: durch Büropaläste und Bankhochhäuser oder teure Appartmentwohnungen und ständige Mieterhöhungen noch mehr Profit herausschinden zu können. Am schlimmsten ist es in den Großstädten. Friedrich Engels hat schon vor hundert Jahren festgestellt:

'Die Ausdehnung der modernen großen Städte gibt in gewissen, besonders in zentralgelegenen Strichen der selben, dem Grund und Boden einen künstlichen, oft kolossal steigenden Wert; die darauf errichteten Gebäude, statt diesen Wert zu erhöhen, drücken ihn vielmehr herab, weil sie den veränderten Verhältnissen nicht mehr entsprechen; man reißt sie nieder und ersetzt sie durch andere. Dies geschieht vor allem mit zentral gelegenen Arbeiterwohnungen, deren Miete, selbst bei größter Überfüllung, nie oder doch nur äußerst langsam über ein gewisses Maximum hinausgehen kann. Man reißt sie nieder und baut Läden, Warenlager, öffentliche Gebäude an ihre Stelle.'

Ob wir nach Berlin, Frankfurt oder Düsseldorf sehen - Engels Worte werden nur bestätigt, sie müssen Richt-

verfallen, um die Abbruchgenehmigung sobald wie möglich zu bekommen. In der Zwischenzeit versuchen sie noch das Maximum an Miete herauszuholen.

Wer aus dieser Hinterhofatmosphäre raus will und in der Stadtmitte eine bessere Wohnung bekommen will, muß als Arbeiter schon die Hälfte des Inhalts der Lohntüte auf den Tisch legen, zuzüglich Mietvorauszahlung und Kaution. Für wen ist so etwas schon drin?

Was den Werktätigen also bleibt, ist, daß sie vom Mittelpunkt der Städte an den Umkreis, den Stadtrand oder die Vorstädte gedrängt werden. So wie den Bewohnern von Wedding und Kreuzberg in Berlin, die raus ins Märkische Viertel 'verlegt' wurden, geht es den Werktätigen in Stuttgart wie in Hannover. Die Anfahrwege zur Arbeit haben sich um eine Stunde verlängert. Morgens eine Stunde mehr, abends ein Stunde mehr, das sind 40 Stunden im Monat, die kein Kapitalist bezahlt. Die unbezahlte Zeit einer Arbeitswoche pro Monat - das ist der Preis, den die Werktätigen bezahlen, weil das Kapital die Macht im Staat hat und

Ursache für die immer schärfere Wohnungsnot. Wieviel Arbeiterfamilien leben heute noch in Notunterkünften? Und ihre Zahl wächst! Wieviel ausländische Arbeiter, die gezwungen sind, hier in West-Deutschland ihre Arbeitskraft zu verkaufen, sind Mietwucherern ausgeliefert, wenn sie ohne Sprachkenntnisse und ohne Unterkunft hier ankommen? Wieviel Studenten bekommen gar kein Zimmer oder zahlen für eine kleine Dachbude Höchstpreise? Der zunehmende Mangel an Wohnungen treibt die Mieten immer höher! Doch immer stärker zeigt sich, daß die Arbeiter, kleinen Angestellten, Rentner und Studenten nicht mehr gewillt sind, die unerträgliche Lage auf dem Wohnungssektor, die das kapitalistische System mit sich bringt, länger hinzunehmen.

* * *

Die richtige Antwort auf den Mietwucher und Bodenspekulationen: Mieterkampf und Hausbesetzungen!

In vielen Städten haben sich Mieter-Initiativen gebildet; in einigen Städten haben sich Mieter zusammengeschlossen und gegen die Mietsteigerungen und Bodenspekulationen demonstriert, so in Berlin, Frankfurt, München und Hannover. Mit dem Aufschwung der Streikbewegung, mit dem Anwachsen der Kampffront gegen die Fahrpreiserhöhungen in fast allen Städten Westdeutschlands, sind auch die Mieterkampagnen aufgekommen und wachsen zu einer bedrohlichen Kraft für die Bourgeoisie an. Im Juli letzten Jahres hatten kinderreiche Familien und Studenten die 'Belgier-Siedlung' besetzt, deren Häuser über ein Jahr lang leer standen, seit die belgischen Nato-Truppen aus Kassel abgezogen waren. Doch Kassels SPD-Bürgermeister hat deutlich den Charakter der SPD aufgedeckt.

* * *

Die Hauptströmung der revolutionären Massenbewegung ist immer gut und entspricht immer der Entwicklung der Gesellschaft. In einer Massenbewegung mögen Einflüsse verschiedener ideologischer Strömungen und verschiedene

menten, die in der Bundesrepublik hergestellt werden, erklärte der Präsident der Deutschen Gesellschaft für Innere Medizin, seien 21 000 überflüssig und teils gefährlich. Die Verabschiedung eines Arzneimittelgesetzes, das diesen Übelstand eindämmen könnte, wird von den Arzneimittelherstellern hintertrieben.

* * *

Kapitalistenknecht

Der Präsident der 16 Millionen Mitglieder starken amerikanischen Gewerkschaftsorganisation AFL/CIO, George Meany, hat die Institution des Streiks als Mittel des Arbeitskampfes als sinnlos bezeichnet und seine Abschaffung vorgeschlagen. In einem Interview mit dem Nachrichtenmagazin 'US News and World-Report' setzte er sich stattdessen für freiwillige bindende Schlichtungsverfahren ein.

* * *

Supermächte

Zum Komplott der zwei Supermächte USA und Sowjetunion wurden durch einen Geheimbericht, der der Bundesregierung vorliegt, neue Einzelheiten bekannt. Nach dem Motto, laß du mir mein Latein- und Mittelamerika, so werde ich mich nicht in deine Interessen im Warschauer Pakt einmischen, erklärten die USA jetzt, sie wollten 'neutral' bleiben, falls sowjetische Panzer in Rumänien einrollen. Ebenso könne - wie schon zuvor die CSR - Rumänien im Falle eines bewaffneten Konflikts mit der Sowjetunion nicht mit der Hilfe der NATO-Partner der USA rechnen.

* * *

schnur für unseren Kampf sein.

Was für Auswirkungen hat diese dem Kapitalismus eigentümliche Entwicklung für die werktätige Bevölkerung?

Die Wohnungen mit noch erträglichen Mieten in den Stadtzentren gehen ihrem Verfall entgegen. Die Hauseigentümer lassen fast nichts mehr reparieren, noch weniger renovieren und schon gar nicht umbauen. So verwandeln sich die alten Stadtwohnungen, deren hygienische Bedingungen schon lange nicht den elementaren Bedürfnissen entsprechen, langsam in Slums. Denn für die Hausbesitzer 'lohnt' sich der Ausbau in menschenfreundliche Wohnungen mit Zentralheizung, Bad und Toilette auf der Etage nicht. Sie spekulieren schon jetzt und lassen die Häuser weil den Kapitalisten und Grund- und Bodenbesitzern, den Banken und der Bauindustrie teure Appartment- und Geschäftshäuser ein weit besseres Spekulationsfeld bietet als Arbeiterwohnungen.

Arbeiterwohnungen werden nur noch selten in den Stadtzentren gebaut, höchstens als Werkswohnungen. 'Es ist selbstredend, daß jeder Kapitalist, den die Bedingungen seiner Industrie an eine bestimmte Lokalität fesseln, Wohnungen für seine Arbeiter bauen muß, wenn keine vorhanden sind.' (Engels) - Durch den Krieg wurden viele Wohnungen zerstört; so mußten die Abs, Thyssen und Flicks neue Wohnungen bauen lassen, wie die Kapitalisten heute für viele ausländische Arbeiter schnell ein paar Baracken aufstellen.

Werkswohnungen sollen uns an den Betrieb fesseln

Einige Kollegen sind froh, wenn sie eine Werkswohnung bekommen, weil die Wohnungen auf dem sogenannten 'freien' Markt oft teurer sind und auch meist weiter vom Betrieb entfernt liegen. Bauen die Kapitalisten Werkswohnungen, um die Wohnungsnot zu lindern, um etwas für die Belegschaft zu tun? Mitnichten! Sie bauen Wohnungen, um die Kollegen an den Betrieb zu binden. Das ist der Grund! Wenn es im Betrieb zu Streiks kommt, oder auf der Straße zu Demostrationen, wenn sich die Kämpfe verschärfen, versuchen die Kapitalisten die Arbeiter der Werkswohnungen unter noch stärkeren Druck zu setzen, indem sie nicht nur mit Kündigung des Arbeitsplatzes, sondern zusätzlich noch mit der Kündigung der Wohnung drohen. So wollen dann die Kapitalisten gegen eine einheitliche Kampffront im Betrieb vorgehen. Auch bei Kurzarbeit, Lohnabbau usw. zögern viele Arbeiter in Werkswohnungen länger, sich gegen Lohnkürzungen zur Wehr zu setzen oder den Arbeitsplatz zu wechseln, weil sie durch die Wohnung an den Betrieb gebunden werden. Die billigeren Werkswohnungen dienen den Kapitalisten außerdem dazu, die Löhne niedriger zu halten. Schon Engels stellte damals fest: 'Jede Verringerung der Erzeugerkosten der Arbeitskraft, d.h. jede dauernde Preiserniedrigung der Lebensbedürfnisse des Arbeiters .... hat daher schließlich einen Fall im Arbeitslohn zur Folge!' Denn der Arbeiter bekommt, solange er für die Kapitalisten arbeiten muß, immer nur soviel, wie er zum Leben braucht.

Außerdem sind die Werkswohnungen für die Kapitalisten eine gute Kapitalanlage. Sie kassieren hohe Zuschüsse von ihrem Staat und können diese Investitionen in wenigen Jahren ganz abschreiben. Die ständigen Steuererhöhungen haben die Werktätigen zu zahlen. Zusätzlich fließt ein Teil des ausgezahlten Lohnes gleich wieder in die Kasse der Kapitalisten zurück, da sie neben den Fabriken noch Eigentümer der Wohnungen sind.

Der Zwang der Kapitalisten, immer mehr Profit zu machen, ist also die

Fraktionen auftauchen, und es werden verschiedenartige Leute daran teilnehmen. Das ist ganz natürlich. Nichts auf Erden ist durch und durch rein. Durch die Kampfpraxis und durch wiederholte Vergleiche werden die breiten Massen letzten Endes unterscheiden können, was richtig und was falsch ist, sie werden letzten Endes den Revisionismus und alles Falsche über Bord werfen und die revolutionäre Wahrheit des Marxismus-Leninismus annehmen und beherrschen. Eine proletarische Partei muß tief unter die Massen gehen, lange Zeit beharrlich und geduldig arbeiten, das politische Bewußtsein der Massen ständig erhöhen und die Massenbewegung den richtigen Weg entlang vorwärts führen.

(Peking Rundschau Nr.12/1971)

SPD: Hier Reformgeschwätz - da Polizeieinsätze

Er schaltete die Justiz ein. Als die Bewohner sich weigerten, dem Räumungsbefehl Folge zu leisten, ließ er mehrere Hundertschaften Polizei zur Räumung aufmaschieren. Die Polizei sollte ein Exempel zur Abschreckung und Einschüchterung statuieren. Mit Schutzhelmen und Schlagstöcken ausgerüstet schlugen sie die Haustüren ein und brachten die Möbel ins Freie, teilweise warfen sie die Möbel aus dem Fenster. Doch die Bewohner, selbst Frauen und Kinder, verteidigten sich tapfer, trotz der Schlagstöcke, die die Polizei einsetzte, denn sie wollten nicht in ein Obdachlosenlager zurückgebracht werden.

Das Kasseler Beispiel hat Vielen den volksfeindlichen Charakter dieser kapitalistischen Gesellschaft klargemacht, in der werktätige Menschen, die in menschenwürdigen Verhältnissen leben wollen, von der Staatsmacht niedergeknüppelt werden. Doch die geplante Abschreckung schlug ins Gegenteil um. Eine Woge der Sympathie wurde den Bewohnern entgegengebracht. Die Besetzung und die Verteidigung machten Mut und wiesen den Weg für weitere Hausbesetzungen und Demonstrationen.

In mehreren Städten nahmen die Hausbesetzungen zu. In Frankfurt, wo Wohnungssuchende mit aktiver solidarischer Unterstützung der Frankfurter Bevölkerung schon mehrere Hausbesetzungen und Demonstrationen gegen die Boden- und Mietspekulationen durchgeführt hatten, kündigte man die Besetzung eines leerstehenden Hauses öffentlich an. Ein immer stärker anwachsender Demonstrationszug bewegte sich unter dem Beifall vieler Passanten auf das leerstehende Haus zu. Ein riesiges Polizeiaufgebot, das den Zug begleitete, konnte die Besetzung nicht verhindern. Denn der Demonstrationszug war zu einer immer längeren Kette angewachsen und viele Passanten sahen der Hausbesetzung zu und solidarisierten sich mit den Besetzern. Noch wenige Wochen zuvor hatte die Polizei ein besetztes Haus geräumt. Schlagstöcke, eine gezogene Pistole und ein Heer von draufschlagenden Polizisten konnten zwar **ein** besetztes Haus räumen, aber die Welle der Solidarisierung mit den Hausbesetzern, die Welle der Empörung über den Polizeieinsatz konnten sie nicht eindämmen. Die Bewegung wuchs und wächst!

(Fortsetzung in der nächsten Nummer: Wie wird der Kampf richtig geführt)

PF VORAN!

Wohnungskampf

am Beispiel der Belgiersiedlung Kassel

Durch den Abzug der belgischen Besatzungstruppen wurden in Kassel weit über 100 Wohnungen frei, die 'Belgier-Siedlung'. Sie standen über ein halbes Jahr leer, obwohl in Kassel wie in allen anderen Städten große Wohnungsnot herrscht. Ein paar Studenten bemühten sich um die offizielle Erlaubnis, dort einziehen zu dürfen. Sie erhielten keine offizielle Antwort, wurden jedoch unter der Hand aufgefordert, einzuziehen. Sie besetzten über Nacht sechs Häuser. Es geschah nichts, obwohl ihnen gedroht wurde, daß sie wieder raus müßten. Diese Aktion wurde auch bei der revolutionären Lehrlingsgruppe 'Rote Panther' Kassel diskutiert. Sie beschlossen, ebenfalls Häuser zu besetzen.

Anfang Juni 71 besetzen sie an einem Sonntag abend mit drei Arbeiterfamilien, einigen Schülern und Lehrlingen 5 weitere Häuser. Über diese Aktion wurde recht ausführlich im Fernsehen und in Zeitungen berichtet. Doch die Folgen waren überraschend und zeigten, welche Kraft den Massen innewohnt: Am Montag, gleich nach der Sendung, trafen die ersten Familien aus den Obdachlosenlagern ein und beschlagnahmten Häuser.

Am Dienstag organisierten die Roten Panther Möbelwagen, um den Familien beim Umzug zu helfen. Die Polizei verhielt sich bis Dienstag abend ruhig und beschränkte sich auf die Feststellung der Personalien. Mit Einbruch der Dunkelheit stellte sie Sperrgitter auf und kontrollierte alle Wagen, die passieren wollten. Sie lie-

Polizeiführer zerstörte das Mikrophon der Lautsprecheranlage. Um die Transparente kam es auf der Abschlußkundgebung zu einem erbitterten Kampf. Ein sechsjähriges Kind wurde von Polizisten eine Treppe hinuntergeworfen und mit einer schweren Gehirnerschütterung ins Krankenhaus eingeliefert. Die Transparente wurden aber fast alle erfolgreich verteidigt. In den darauffolgenden Flugblättern prangerten die Roten Panther die faschistischen Führer der SPD Kassel an. Weitere Kritik wurde jedoch im Besetzerrat von den Revisionisten mit Resolutionen über 'Tagesfragen' erstickt. Von den Revisionisten wurden die Masseneingeschläfert, bis am Dienstag, den 6. Juli die Reaktion offen auf den Plan trat.

Um neun Uhr morgens rückten rund



Demonstration in Frankfurt, 4. März

stellten die besetzten Häuser mit einer Mann-an-Mann-Kette, 'um dem Gerichtsvollzieher Amtshilfe zu leisten'.

Die Räumung begann. Als erstes nahmen sie ein Haus, in dem einige Genossen wohnten. Die Türen und Fenster waren verbarrikadiert. Es wurde mit Farbtöpfen und allem was nicht niet- und nagelfest war, gegen die Polizei verteidigt, doch diese Schlacht ging verloren. Die Besetzer wurden rausgeschmissen, einer festgenommen. Auch das zweite Haus verteidigte ein Genosse mit Wurfgeschossen, bis er von 4 Polizisten überwältigt und bewußtlos geschlagen wurde. Dann war der gewaltsame Widerstand gebrochen und es wurde nur noch passiver Widerstand geleistet. Trotzdem konnten am ersten Tag nur 4 Häuser geräumt werden. In der Nacht zum Mittwoch wurde einer der Besetzer, der sich im Freien aufielt, von mehreren Polizisten überfallen, zusammengeschlagen und liegengelassen. Am Morgen wurde er gefunden und mit großem Blutverlust ins Krankenhaus eingeliefert.

Am Mittwoch ging die Räumung trotz passiven Widerstandes weiter. Der Streik der Möbelpacker und

dern, sondern nur verzögern. Einer unbeteiligten Frau, der das Kind durch die Polizeikette weggelaufen war, wurde, als sie es holen wollte, der Oberkiefer zerschmettert. Eine andere Frau verteidigte sich und ihr Haus noch wacker. Erst drohte sie mit einer Axt, sie schlug aber nur mit den Fäusten zu. Einige der Revisionisten wehrten sich vereinzelt. Doch daß Niko Damm, der Vorsitzende der DKP Kassel und andere Bonzen an der Spitze des Kampfes gestanden hatten, wie im DKP-Blatt UZ behauptet, ist gelogen. Er hat ein paar Mal in der Belgiersiedlung vorbeigeschaut, seine Fäuste aber nie anders als ... zum Grüßen benutzt.

Lernen wir aus dieser Aktion: Der Hauptfeind der revolutionären Arbeiterbewegung ist der moderne Revisionismus

Revisionistisches

Wir wollten doch nur.

Bitter beschwerte sich die DKP-Betriebszeitung 'Der Audi-Scheinwerfer' (Nr.3) darüber, daß ihr die Betriebsleitung der Audi NSU Auto Union AG die Verwendung des Namens Audi im Titel der Zeitschrift verboten hat. Wörtlich: 'Wir waren der Meinung, mit dem Titel 'Der Audi-Scheinwerfer' nicht nur Konstrukteure, Ingenieure, Angestellte und Arbeiter anzusprechen, die diesen wirklich guten Wagentyp entwickelt haben und ihn mit immer größerer Präzizion herstellen, sondern auch gleichzeitig in der Öffentlichkeit damit Reklame für den Audi zu machen.'

Endlich mal was Neues. Die DKP als Werbeträger für kapitalistische Automarken. Enttäuschend, daß die Bosse das nicht zu würdigen wissen, wo man doch so brav ist und die aufsässigen Audi-Arbeiter auf den letzten Platz der Anzusprechenden verbannt hat.

Schwierigkeiten...

haben die revisionistischen SED-Ideologen mit der Definition der Klassenzugehörigkeit des Nachwuchses der neuen Bourgeoisie der DDR. Gehört er noch, wie ein Teil ihrer Väter, die der Arbeiterklasse entstammen, zur Arbeiterklasse oder nicht. Wenn nicht, wo gehört er dann hin? Diese schwierige Frage soll jetzt eine eigens zu diesem Zweck eingesetzte Expertenkommission untersuchen. Sicher wird ihr in nicht ferner Zukunft die Arbeiterklasse der DDR mit dem Gewehr in der Hand bei der Lösung dieser Frage behilflich sein.

ßen nur Wagen passieren, die Familien gehörten, die schon 'drinnen' wohnten. (Es waren 32 Häuser von 34 Familien, d.h. ungefähr 300 Personen besetzt). Doch die Polizei ging von da ab nachts mit Hunden Streife, ließ auch Hunde frei rumlaufen und verhinderte so weitere Besetzungen.

Am Mittwoch kamen Handwerker und demolierten die noch nicht besetzten Häuser, um weitere Besetzungen völlig auszuschließen. Mittwoch morgen kamen etwa 35 Spartakisten (Hochschulorganisation der DKP) von der Sozialarbeiterschule. Sie nahmen die Verwaltungsarbeit in die Hand, was jedoch nur wegen der organisatorischen Schwäche der Gruppe 'Rote Panther' möglich war.

Es wurde beschlossen, in jedem Haus einen Delegierten zu wählen und einen Besetzerrat zu gründen. Er tagte 2 Wochen lang täglich, dann alle zwei Tage. Die Roten Panther versuchten über diesen Besetzerrat die Aktion zu politisieren und die Besetzer auf den Angriff der Bourgeoisie vorzubereiten. Die Revisionisten vom Spartakus wiegelten eine derartige Diskussion ab und brachten Mülleimer- und Wasserhahnfragen auf die Tagesordnung. Die Vorbereitung auf die gewaltsame Verteidigung sabotierten sie, indem sie sich auf das Versprechen des SPD-Oberbürgermeisters Branner beriefen, daß sie dort wohnen bleiben dürften. In Wirklichkeit hatten sie die Aktion aber schon aufgegeben, wie sie auch privat zugaben ('Rausfliegen die ja sowieso') und wollten nur für einen 'geregelten Auszug' sorgen. Sie versuchten, das ganze auf eine große DKP-Werbeaktion hinzuführen.

Der Polizeiterror nahm ständig zu. So fuhren die Polizisten zum Beispiel mit aufheulenden Motoren und aufgeblendeten Scheinwerfern nachts alle Viertelstunde durch die Straßen, um die Bevölkerung vom Schlaf abzuhalten. Als gegen den Polizeiterror Plakate aufgestellt wurden, schlugen die Kapitalistenknechte sie kaputt. Eine Demonstration gegen den Terror wurde verboten, fand aber trotzdem, oder gerade deswegen statt. Ein

500 Polizisten in voller Kampfausrüstung an. Sie riegelten das ganze Viertel mit Straßensperren ab und um-

Schnelldienstarbeiter und das Luftablassen aus Reifen der Möbelwagen konnten die Räumung nicht verhin-

Revisionismus.

Genossen aus Kassel



Irische Arbeiterinnen und andere Frauen setzen sich gegen die Besatzer zur Wehr.

Trotz Terror der englischen Besatzungstruppen wächst der Kampf des irischen Volkes.



Lüge

Im Zuge ihrer Hetze gegen die Volksrepublik China entblödet sich die sowjetische Parteizeitung 'Prawda' (zu deutsch Wahrheit) nicht, die übelsten Lügen aus Taiwans Sudelküche nachzudrucken oder geeignete zu erfinden. So behauptet sie frech, an den Grenzen der Volksrepublik China würden Flüchtlinge, die das Land verlassen wollen, niedergeschossen. Flüchtlinge, die es in ihrer Heimat nicht mehr aushielten. Mit dieser Unverschämtheit stellt die 'Prawda' selbst Zeitungen wie 'Bild' in den Schatten. Die eigenen Untaten anderen in die Schuhe schieben! Immerhin wurden an der Grenze der DDR seit 1961 148 Menschen erschossen, weil sie es in ihrer Heimat unter der Diktatur der neuen Bourgeoisie nicht mehr aushielten.

DDR-Fernsehen

Wie im kapitalistischen Westen ist auch in der DDR das Fernsehen ein Instrument der herrschenden Klasse. So sehen das auch die Arbeiter eines 'volkseigenen' Edelstahlwerkes. Sie beschweren sich in der sächsischen Zeitung: 'Wir sind nicht einverstanden mit dem Bild des Arbeiters, wie es gegenwärtig der Deutsche Fernsehfunk vermittelt...' Und was für ein Bild vermittelt er? Gar keines. Bei der Sendung 'Portrait per Telefon' treten fast ausschließlich Künstler und Wissenschaftler auf. Bei 'Sind Sie sicher?' kann man Arbeiter - oder gar Arbeiterinnen - mit der Lupe suchen - vielleicht ist der Fernsehfunk nicht sicher, was die Arbeiter vor der Kamera sagen werden. 'Warum', fragen die sächsischen Kollegen, gibt es nur ein Professoren-Kollegium,... warum gibt es nur im Rundfunk ein Arbeiter-Kollegium?' Sind die Arbeiter nicht fotogen?

Die Einheit aller Marxisten - Leninisten im Kampf gegen den modernen Revisionismus erringen!

Das Zentralbüro der 'KPD/ML'-Rote Fahne hat in seinem Zentralorgan 'Rote Fahne' Nr.4/72 unter dem Titel 'Für die Einheit der Marxisten-Leninisten' eine Stellungnahme zu dem 'Offenen Brief' einer Gruppe von ehemaligen Mitgliedern und Sympathisanten der KPD/ML veröffentlicht. Den 'Offenen Brief' selbst hatte das ZB in der Nr.3 der 'Roten Fahne' abdrucken lassen. Die Gruppe, die diesen 'Offenen Brief' herausgegeben hat, nennt sich 'Bolschewistische Linie der ehemaligen KPD/ML (Roter Morgen)'. Sie hatte auch uns diesen sogenannten 'Offenen Brief' geschickt, mit der Aufforderung, ihn im Roten Morgen abzudrucken. Wir haben darauf verzichtet, diesen sogenannten 'Offenen Brief' abzudrucken, weil er nichts anderes darstellt, als den demagogischen Versuch des ehemaligen Mitgliedes der KPD/ML, G.A., nachdem er als übler Karrierist und Opportunist entlarvt und aus der Partei ausgeschlossen wurde, sich nunmehr beim ZB der 'KPD/ML'-Rote Fahne anzubiedern und den Marxisten-Leninisten Westdeutschlands und Westberlins einen falschen Eindruck über die Entwicklung der KPD/ML und ihr Verhältnis zur 'KPD/ML'- Rote Fahne zu vermitteln. G.A. versucht, sich in diesem 'Offenen Brief' als Apostel der Einheit der Marxisten-Leninisten aufzuspielen, wobei es ihm nur darum geht, seine in der KPD/ML gescheiterte Karriere nun auf andere Weise fortzusetzen, und zwar unter Ausnutzung des berechtigten Wunsches vieler Marxisten-Leninisten nach Einheit aller Marxisten-Leninisten in der Bolschewistischen Partei.

Worum geht es dem ZB?

Ist das ZB wirklich so naiv, daß es diesen Zusammenhang nicht begreift, obgleich es doch über die Rolle des Karrieristen G.A. genügend informiert sein dürfte? Geht es dem ZB wirklich um die prinzipienfeste Vereinigung der Marxisten-Leninisten?

Das Vorgehen des ZB in der erwähnten Stellungnahme läßt erhebliche Zweifel daran aufkommen, daß das ZB ehrlich und von einem korrekten Standpunkt aus an die Frage der Einheit der Marxisten-Leninisten herangeht. Warum hat sich das ZB nicht an uns gewandt, bevor es den sogenannten 'Offenen Brief' in seinem Zentralorgan abgedruckt hat, um sich über die Rolle von G.A. zu informieren? Wir hätten das ZB im einzelnen davon in Kenntnis setzen können, was der G.A. für ein Mann ist, und wir hätten dem ZB klarmachen können, daß es sich bei G.A., dem es leider gelungen ist, eine Gruppe von schwankenden Genossen um sich zu sammeln, um einen der übelsten Karrieristen und Opportunisten handelt, die sich in den Reihen der marxistisch-leninistischen Bewegung herumtreiben.

Und wie kommt das ZB, wenn es ihm wirklich um die Einheit der Marxisten-Leninisten geht, dazu, in seinem Artikel in der 'Roten Fahne' die lügnerische Behauptung zu verbreiten, unsere Partei, die KPD/ML, sei von den Liquidatoren 'vernichtet' worden und habe sich in 'kleine' und 'kleinste' Bestandteile aufgelöst?

bau vom ZB angesprochen wird. Da schreibt das ZB in dem Abschnitt 'Unsere Fehler' folgendes; 'Böse Zungen in der Bewegung behaupten, wir hätten unsere Genossen für dumm gehalten, und sie sehen die offene Kritik im Zentralorgan als eine Schwäche an. Aber sie irren sich gewaltig. Wir haben dem Kampf um die proletarische Ideologie zweifellos Bedeutung beigemessen, aber nicht genügend!' Warum verschweigt das ZB an dieser Stelle, daß die 'bösen Zungen in der Bewegung' dem ZB hauptsächlich und ganz konkret vorwerfen, daß es in seiner Organisation genau die Punkte des Statuts ausser Kraft gesetzt hat, die das Prinzip der Demokratie in der Partei garantieren? Außer Kraft gesetzt wurde das Recht der Mitglieder, die Leitungen zu wählen. Und außer Kraft gesetzt wurde auch das Recht der Mitglieder, mit einem Drittel der Stimmen einen Parteitag einzuberufen. Das bedeutet schlicht und einfach, die Mitglieder können auch mit Mehrheit ihre politischen Ansichten nicht durchsetzen. Und es bedeutet schlicht und einfach, daß die Leitungen, insbesondere die Zentrale, nicht von den Mitgliedern gewählt und auch nicht von den Mitgliedern abgesetzt werden können.

Wie kann man aber davon reden, daß man den ideologischen Aufbau konsequent anpacken will, ohne dabei mit einem Sterbenswörtchen darauf einzugehen, daß die Demokratie in der Organisation praktisch ausgeschaltet wurde? Besteht da nicht der Verdacht, daß das ZB zwar die Organisation ideologisch aufbauen will, daß es aber den Mitgliedern keinen Einfluß darauf gewähren will, in welchem Sinne der ideologische Aufbau erfolgen soll. Fürchtet das ZB, daß die Mitglieder die Frage des Klassenstandpunktes, die Frage des Inhalts, des ideologischen Aufbaus der Partei in einem anderen Sinne stellen könnten, als das ZB es wünscht? Besteht da nicht der Verdacht, daß das ZB Grund hat, seinen eigenen Mitgliedern zu mißtrauen? Ist dies nicht eine extreme Form, den Massen zu mißtrauen?

Das ist unserer Meinung nach in der Tat sehr merkwürdig. Und gibt außerdem Aufschluß darüber, daß das ZB unter ideologischem Parteiaufbau etwas ganz anderes versteht, als normalerweise die Marxisten-Leninisten. Normalerweise verstehen die Marxisten-Leninisten unter ideologischem Parteiaufbau vor allem: konsequenter ideologischer Kampf gegen das Gift des modernen Revisionismus.

Wozu dient Sophistik?

Es ist nicht ausgeschlossen, daß das ZB sich winden wird und sich dadurch herausreden will, daß es ja nur von der praktischen Formierung gesprochen habe. Aber es wäre schon ein seltsames Verständnis von der dialektischen Beziehung zwischen Theorie und Praxis, würde man annehmen, eine bolschewistische Partei könne sich als solche auf der einen Seite praktisch hauptsächlich gegen den 'Links'opportunismus (im Sprachgebrauch des ZB heißt 'Ezrismus' soviel wie 'Links'-opportunismus) und auf der anderen Seite ideologisch und theoretisch hauptsächlich im Kampf gegen den modernen Revisionismus formieren.

Allerdings wäre es nicht das erste Mal, daß das ZB eigentümliche Vorstellungen über Dialektik entwickelt. So vertritt das ZB den Standpunkt, und auch hier sind wir wieder beim gleichen Problem, nämlich beim Verhältnis des ZB zum modernen Revisionismus, der entscheidende Grund für die Entartung der heute revisionistischen Parteien, im besonderen auch der KPD und der SED sei der Druck durch die sowjetischen Revisionisten gewesen. Im Gegensatz dazu gehen wahre Marxisten-Leninisten

Furcht vor dem Marxismus-Leninismus

Mao Tsetung hat uns gelehrt, daß wir auf die Massen vertrauen, uns auf die Massen stützen müssen. Mao Tsetung hat uns gelehrt, daß wir nur auf diese Weise den Revisionismus schlagen und die proletarisch-revolutionäre Linie zum Sieg führen können. Besteht da nicht der Verdacht, daß das ZB garnicht daran interessiert ist, den Revisionismus zu schlagen? Leider gibt es zuviele dunkle Punkte in der Linie des ZB, die uns immer wieder auf dieses Problem, auf das

gen den modernen Revisionismus stoßen. So zum Beispiel die Tatsache, daß in der 'KPD/ML'-Rote Fahne nicht die Original-Texte der Klassiker des Marxismus-Leninismus geschult werden, sondern lediglich Schulungs-Texte, die das ZB selbst verfaßt hat. Das ist bekanntlich eine Praktik, die auch von den Revisionisten angewendet wird, und zwar aus dem einfachen Grund, weil sie den wahren Marxismus-Leninismus fürchten wie der Teufel das Weihwasser. Wir wollen nicht hoffen,

nis setzen können, daß G.A., nachdem er zuvor der Hauptvertreter ökonomistischer Abweichungen in der KPD/ML war, aus reinen Karrieregründen auf dem außerordentlichen Parteitag am Ende dieses Jahres vollständig auf die Positionen der Liquidatoren übergegangen ist; daß er, nachdem es sich gezeigt hatte, daß im Lager des Liquidatorentums aufgrund des fortschreitenden Zersetzungsprozesses desselben, keine Karriere zu machen ist, versuchte, wieder bei der KPD/ML 'einzusteigen'. Und daß er, nachdem er dann feststellen mußte, daß er aus der Partei ausgeschlossen worden ist, nun auf der Suche nach neuen Mög-

Mitglieder und Sympathisanten der 'KPD/ML'- Rote Fahne - wir fragen euch, ist es verwunderlich, wenn wir unter solchen Umständen Zweifel haben, ob die Führung eurer Organisation ehrlich an die Frage der Einheit der Marxisten-Leninisten herangeht?

Trotz dieser seltsamen Methoden des ZB sind wir bereit, mit dem Ziel der Einheit der Marxisten-Leninisten in der bolschewistischen Partei, eine sachliche Diskussion mit allen Genossen in der 'KPD/ML'- Rote Fahne und auch, falls sie dazu bereit sind, mit den Führern dieser Organisation zu führen. Beginnen wir sofort damit.

Faule Stelle beim ZB

Wir wollen gleich anknüpfen an der erwähnten Stellungnahme des ZB in der 'Roten Fahne'. Das Auffallendste an dieser Stellungnahme ist die Tatsache, daß darin, obwohl es dabei doch um die Einheit der Marxisten-Leninisten geht, vom Kampf gegen den modernen Revisionismus mit keinem Wort die Rede ist. Wie kann man aber die Einheit der Marxisten-Leninisten erringen, und zwar nicht irgendeine Art von 'Einheit', sondern die prinzipienfeste Einheit auf der Grundlage des Marxismus, des Leninismus und der Maotsetungideen, ohne sich auf das Schärfste vom modernen Revisionismus abzugrenzen?

In der Stellungnahme des ZB findet sich ein Abschnitt, der die Überschrift 'Unsere Fehler' trägt. Dort werden einige Fehler des ZB aufgeführt, wie zum Beispiel mangelnder ideologischer Aufbau der Partei und ungenügende Vorbereitung auf die Illegalität. Abschließend wird dann festgestellt, die gleichen Fehler seien auch die Fehler anderer ml-Organisationen. Zweifellos stimmt es, daß auch wir in der KPD/ML den ideologischen Aufbau der Partei vernachlässigt haben, und auch wir haben die Partei ungenügend auf die Illegalität vorbereitet. Aber was soll die Feststellung, die Fehler des ZB seien auch die Fehler anderer Organisationen? Will das ZB etwa behaupten, es gäbe keinen wesentlichen Unterschied, keine schwerwiegenden ideologischen und politischen Widersprüche zwischen den verschiedenen Organisationen in der marxistisch-leninistischen Bewegung in Westdeutschland und Westberlin? Wir sind allerdings der Meinung, daß es sehr wohl schwerwiegende Differenzen zwischen den verschiedenen Organisationen in der revolutionären und marxistisch-leninistischen Bewegung gibt. Und zwar sind wir der Meinung, und dies ist dem ZB bekannt, daß der entscheidende Widerspruch dabei darin zu suchen ist, welche Bedeutung man dem Kampf gegen den modernen Revisionismus beimißt, und wie dieser Kampf geführt werden muß. Gerade hier sehen wir in der Linie des ZB - entschuldigt den harten Ausdruck - eine ganz faule Stelle.

Mißtrauen gegenüber den Massen?

Wir werden auf dieses Problem noch näher eingehen. Zunächst jedoch noch zu einem anderen Punkt, der im Zusammenhang mit dem ideologischen Parteiauf-

Problem des Kampfes oder vielmehr des mangelnden Kampfes ge-

daß auch das ZB den wahren Marxismus-Leninismus fürchtet.

Die Entstehung der 'KPD/ML'-Rote Fahne

Aber nehmen wir einmal einen anderen sehr dunklen Punkt in der Linie des ZB. Es handelt sich um die Frage der Entstehung der 'KPD/ML'- Rote Fahne. Bekanntlicherweise ist die 'KPD/ML'- Rote Fahne als Abspaltung einer Gruppe von der KPD/ML entstanden, einer Gruppe, deren Führer ein rechtsopportunistisches Programm zur Grundlage ihres Fraktionismus und ihrer verantwortungslosen Spaltertätigkeit gemacht hatten. Man sollte meinen, wenn die Führer dieser Organisation zur Frage der Einheit der Marxisten-Leninisten in ihrem Zentralorgan Stellung beziehen, würden sie in diesem Zusammenhang auch auf die Spaltung, aus der ihre Organisation entstanden ist, eingehen. Das ist aber weit gefehlt. Davon steht in der Stellungnahme des ZB nicht ein einziges Wort. Das ZB scheint zu glauben, es komme um dieses ihm offensichtlich unangenehme Thema durch den lächerlichen Trick herum, daß es unsere Partei. die KPD/ML. einfach für nicht existent erklärt. Wir wollen an diesem Punkt nicht näher auf die Einzelheiten der damaligen Spaltung eingehen, sondern vielmehr darauf, was das ZB an anderer Stelle selbst über die ideologische und politische Seite der Entstehung seiner Organisation festgestellt hat.

Bekanntlicherweise sind alle marxistisch-leninistischen Parteien. die als Konsequenz der Entartung der alten KP gegründet worden sind, im scharfen Kampf gegen diesen Verrat der modernen Revisionisten entstanden. Die albanischen Genossen haben dazu folgendes gesagt:

'Der Kampf Auge um Auge, Zahn um Zahn, die Isolierung und schonungslose Enthüllung der revisionistischen Cliquen sind der einzige Weg, um die modernen Revisionisten zu zerschlagen und zu erledigen und den Sieg des Marxismus-Leninismus zu sichern. Dieser Weg ist auch der einzige Weg, um neue marxistisch-leninistische Parteien zu gründen und zu festigen. Welche der wahren Ideologie der Arbeiterklasse und dem proletarischen Internationalismus ergeben sind, er ist auch der einzige Weg, welcher zum Sieg der Revolution über die Konterrevolution führt.'
(Am Vorabend der revisionistischen Posse in Moskau, Artikel aus 'Zeri i Popullit', Zentralorgan der Partei der Arbeit Albaniens, 28.5.1969, Tirana)

Was sagt aber das ZB über die Entstehung seiner Organisation, der 'KPD/ML'- Rote Fahne? Das ZB macht dazu die interessante Feststellung, daß bei der praktischen Formierung' der 'KPD/ML'- Rote Fahne 'als einer bolschewistischen Partei' der Kampf gegen die 'Gruppe Roter Morgen', gegen den sogenannten 'Ezrismus', 'von weitaus größerer Bedeutung war, als der Kampf gegen den Revisionismus' (siehe Parteiaufbau-Broschüre der 'KPD/ML'- Rote Fahne).

Wir wollen nicht bezweifeln, daß es wirklich so gewesen ist, wie das ZB festgestellt hat. Wir haben in der Tat von einem Kampf der 'KPD/ML'-Rote Fahne gegen den modernen Revisionismus nicht viel gemerkt. Aber, und diese Frage richten wir wieder insbesondere an die Mitglieder und Sympathisanten der 'KPD/ML'- Rote Fahne, ist es nicht äußerst merkwürdig, daß gerade eure Organisation offenbar die einzige 'Partei' der Welt ist, die als marxistisch-leninistisch gelten will, sich auf Mao Tsetung beruft, und die nicht vor allem im Kampf gegen die Cliquen der modernen Revisionisten entstanden ist, und die es, nach Aussagen eurer Führung, auch nicht nötig hat, sich hauptsächlich im Kampf gegen die Cliquen der modernen Revisionisten zu festigen?

davon aus, daß der entscheidende Grund für die Entartung einer kommunistischen Partei in nichts anderem bestehen kann, als in der Vernachlässigung des Kampfes gegen opportunistische Elemente innerhalb der Partei, in der Vernachlässigung des ideologischen Kampfes gegen die Tendenzen des Revisionismus innerhalb und außerhalb der Partei. Mao Tsetung hat uns doch gelehrt, daß vom Standpunkt der Dialektik jedes Ding sich aufgrund seiner inneren Widersprüche in einer bestimmten Art entwickelt und daß die äußeren Bedingungen nur vermittels der inneren Widersprüche wirken. So kann zum Beispiel auch die wärmste Sonne oder die fleißigste Henne niemals einen Stein in ein Küken verwandeln; und ich kann einen Laternenpfahl so fleißig düngen wie ich will, er wird niemals Blüten und Früchte treiben. Als dieser Einwand gegenüber dem ZB gebracht wurde, antworteten die Dialektiker vom ZB folgendermaßen: Dieser Einwand zeige, daß die Genossen ein 'dogmatisches Verständnis von Dialektik' hätten, denn sonst müßten sie doch einsehen, daß es in jedem Widerspruch eine Hauptseite gibt, und in diesem Falle sei es nun einmal so bestellt, daß die äußeren Bedingungen die Hauptseite gewesen seien.

Das ZB ist mit anderen Worten also der Meinung: in dem den heutigen revisionistischen Parteien innewohnenden Widerspruch zwischen proletarischer und bürgerlicher Linie wurden die äußeren Bedingungen zur Hauptseite und deshalb siegte die bürgerliche Linie. Fürwahr - eine sehr eigenartige Auffassung von Dialektik; oder hat das ZB hier vielleicht Dialektik mit Sophistik verwechselt? Das ZB soll doch einmal versuchen, mit seiner Art von 'Dialektik' die Tatsache zu erklären, daß beispielsweise die Partei der Arbeit Albaniens nicht revisionistisch entartet ist, obwohl der äußere Druck vonseiten des Sowjetrevi-

Fortsetzung Seite 7

Fortsetzung von Seite 6

sionismus auf die Partei der Arbeit unbestreitbar sehr stark war. Es ist natürlich klar, daß mit Sophistik - und es ist offensichtlich, daß das Gerede von der 'Hauptseite äußere Bedingungen' Sophistik reinsten Wassers ist - daß mit der Sophistik rein gar nichts erklärt werden kann. Höchstens kann man damit etwas verwischen. Wir fragen unsere Leser und insbesondere die Genossen von der 'KPD/ML'- Rote Fahne: Ist es Zufall, daß das ZB gerade in dieser Frage, wo es darum geht, wie und warum eine Partei revisionistisch entarten kann und wie und warum im besonderen die KPD und die SED revisionistisch entartet sind - daß ausgerechnet in dieser Frage das ZB zum Mittel der Sophistik greifen mußte? Wir wären schlechte Marxisten-Leninisten, wenn wir hier an einen Zufall glauben würden. Oder ist es nicht etwa so, daß das ZB seine sophistische Wendung benötigt, um seinen Versuch, die Bedeutung des ideologischen Kampfes gegen den modernen Revisionismus herunterzuspielen, besser tarnen zu können? Und ist es nicht etwa so, daß das ZB sich durch diese Sophistik die 'theoretischen' Voraussetzungen schafft, daß es die Tatsache besser verschleiern kann, daß in der Politik der KPD und SED auch schon vor ihrer endgültigen Entartung sehr starke opportunistische und revisionistische Abweichungen aufgetreten sind? Genau so ist es.

Die Etappen-Theorie des ZB

Das ZB vertritt tatsächlich die Auffassung, die Politik der KPD nach 1945 und die Politik der SED sei bis zum XX. Parteitag der KPdSU 1956 vollständig korrekt gewesen. Aber das ZB vertritt nicht nur diese Auffassung - es hat sogar die opportunistischen Abweichungen in der Politik dieser Parteien, die schon vor ihrer revisionistischen Entartung aufgetreten sind, übernommen, 'schöpferisch' weiterentwickelt und versucht nun, diesen revisionistischen Plunder in die marxistisch-leninistische Bewegung einzuschmuggeln. Das bedeutendste Produkt dieser Art, welches das ZB hervorgebracht hat, ist die 'Theorie' von den Etappen der Revolution in einem imperialistischen Land, wie es die Bundesrepublik ist. Das ZB hat die revisionistischen Abweichungen der KPD nach 1945 und der SED in der Anwendung der Volksfronttaktik und der Frage der antifaschistisch-demokratischen Revolution übernommen und daraus eine revisionistische Theorie der Etappen der Revolution in Westdeutschland gemacht. Diese 'Theorie' besagt, daß, wenn der Klassenkampf sich zuspitzt und die Bourgeoisie dazu übergeht, die bürgerlich-demokratische Herrschaftsform durch offen faschistische Formen der Herrschaft zu ersetzen - daß in einer derartigen Situation das strategische Ziel des Proletariats, der Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie und die Errichtung der Diktatur des Proletariats, ersetzt werden müsse durch das strategische Ziel der Wiedererringung der bürgerlichen Demokratie. So macht das ZB aus der Taktik zur Schaffung der Volksfront im Kampf gegen die faschistische Herrschaft, aus der besonderen Taktik des revolutionären Sturzes des faschistischen Regimes, eine Strategie des Verzichts auf die sozialistische Revolution.

Karl Marx und das ZB

Das ZB geht jedoch noch einen Schritt weiter und verlangt von der Arbeiterklasse die Unterordnung seiner Klasseninteressen unter die sogenannten 'allgemein gesell- die gesamte Menschheit befreien müsse. Aber was besagt diese Feststellung von Karl Marx wirklich? Sie besagt nichts anderes, als daß das Proletariat aufgrund sei-

Revolution verwirklichen. Die harten Tatsachen, denen wir heute gegenüberstehen, das Renegatentum der Ulbricht-Clique, die Entartung des Arbeiter- und Bauernstaates in der DDR zu einem bürgerlich-revisionistischen Ausbeuterregime, die Restauration des Kapitalismus in der DDR, diese Tatsachen sprechen eine klare Sprache. Das hindert jedoch das ZB keineswegs daran, die revisionistische Theorie Ulbrichts von der Volkspartei zu übernehmen und in seiner Etappen-Theorie neu aufzupolieren.

Angesichts dieser revisionistischen Positionen, die das ZB in seinem theoretischen Organ als nach eigener Aussage wichtige Elemente seiner programmatischen Arbeit entwickelt hat, erscheint es nicht mehr verwunderlich, daß das ZB den Mitgliedern seiner Organisation die Klassiker des Marxismus-Leninismus in der Schulung vorenthält.

Wo steht G.G.?

Das ZB hat des öfteren festgestellt, daß der theoretische Kampf gegen den modernen Revisionismus heute im wesentlichen schon als beendet angesehen werden könne, daß die albanischen und chinesischen Genossen diesen Kampf bereits für uns geführt hätten, daß dieser Kampf heute für uns kaum mehr Bedeutung habe. Ist es nicht naheliegend, anzunehmen, daß das ZB diese Behauptung nur aus dem einen Grund aufgestellt hat, weil es gar kein Interesse daran hat, den Revisionismus ideologisch, politisch und organisatorisch zu schlagen? Beweisen die 'theoretischen' Produkte des ZB nicht eindeutig, daß es dem ZB vielmehr darum geht, den modernen Revisionismus unter dem Deckmantel der Berufung auf den Marxismus, den Leninismus und die Maotsetungideen in der marxistisch-leninistischen Bewegung zu verbreiten. Wäre es nicht größte Naivität, wenn man angesichts der ständigen Versuche des ZB, in jeder Hinsicht vom Kampf gegen den modernen Revisionismus abzulenken, noch glauben würde, es handele sich bei seinen revisionistischen Positionen nur um einige Fehler, nur um einige Ausrutscher?

Wir sind Marxisten-Leninisten, wir haben deshalb eine gewaltige Verantwortung vor der Arbeiterklasse und können uns aus diesem Grund derartige Naivitäten nicht erlauben. Wir fordern alle Mitglieder und Sympathisanten der 'KPD/ML'- Rote Fahne auf, sich ernsthaft die Frage zu stellen, und gewissenhaft zu untersuchen, ob es sich bei der Politik des ZB nicht um den von Mitgliedern des ZB systematisch und bewußt betriebenen Versuch handelt, die marxistisch-leninistische Bewegung zu zersetzen und auf den Boden des modernen Revisionismus zu zerren. Wir erinnern daran, daß G.G., heute einer der entscheidenden Führer im ZB, früher einmal, als er noch der Häuptling eines Bochumer Studentenzirkels war, den Kampf gegen den 'Maoismus' zu seiner Aufgabe erklärt hat. Kann die Politik des ZB uns davon überzeugen, daß G.G. diesen Plan inzwischen aufgegeben, daß er seinen politischen Standort gewechselt hat? Allein die von uns in diesem Text aufgeführten Tatsachen - und es ließen sich noch viele Tatsachen dieser Art anführen - zwingen uns zu der Annahme, daß eher das Gegenteil der Fall ist.

Klarheit schaffen!

Wir werden es nicht bei dem vorliegenden Beitrag zur Diskussion der Linie des ZB bewenden lassen. Wir werden uns künftig noch ben, und die das Ziel verfolgen, die Revolutionäre in den Sumpf des Opportunismus, in den Sumpf des modernen Revisionismus zu

Unsere Antwort: Nehmen wir den Kampf in die eigenen Hände

Wir haben gesehen: es gibt keinen wesentlichen Unterschied zwischen SPD und CDU, es gibt kein 'kleineres Übel'. **Beide** sind sie für die Aufrüstung, für die Kriegsvorbereitung nach außen und innen. Der Unterschied besteht höchstens darin, daß die SPD etwas mehr von Frieden und Gewaltlosigkeit **redet.** Dafür tut gerade sie in der Praxis das genaue Gegenteil:

als Regierungspartei in Bonn betreibt sie Aufrüstung und Kriegsvorbereitung,

als Regierungspartei in den Großstädten setzt sie brutal ihre Polizei gegen die Werktätigen ein, die gegen Fahrpreiserhöhungen, für bessere Wohnverhältnisse, gegen den ganzen Lohnraub demonstrieren und kämpfen.

Ist diese SPD ein kleineres Übel? Sollen wir sie unterstützen, weil die CDU angeblich wesentlich schlechter ist?

Die DKP-Führer wollen uns das einreden. Von **ihrem** Standpunkt ist das auch verständlich, sie haben gleich zwei Gründe dafür:

einmal sind sie Agenten des sowjetischen Sozialimperialismus und unterstützen vorbehaltlos dessen räuberische Politik (wofür sie auch finanziell ausgehalten werden). Zu den Arbeitermorden in Polen haben sie Beifall geklatscht. Deshalb sind sie auch für die 'Ostverträge', denn die sowjetischen Führer wollen sich damit den Rücken freihalten, um sich stärker auf ihre Kriegsvorbereitungen gegen China zu konzentrieren. Heute schon ist der größte Teil der sowjetischen Truppen nicht mehr im Westen, sondern an der chinesischen Grenze. Die DKP-Führer, die so gern vom Frieden schwätzen, unterstützen diese

schaftlichen Interessen'. Wir zitieren aus dem theoretischen Organ des ZB, dem 'Bolschewik' Nr. 6, Seite 68:

'Daher ist es in vielen Etappen des Klassenkampfes aufgrund einer Einschätzung der gegenwärtig wirkenden Klassenkräfte notwendig, die Interessen der Arbeiterklasse den allgemeinen Interessen der Gesellschaft unterzuordnen...'

Obgleich dieser Standpunkt im direkten Gegensatz zu den grundlegenden Erkenntnissen des Marxismus steht, erfrecht sich das ZB, zu seiner Rechtfertigung die bekannte Feststellung von Karl Marx zu mißbrauchen, daß das Proletariat, um sich selbst zu befreien, aus der Proletariat aufgrund seiner Klassenlage seine eigene Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung nur erlangen kann, wenn es jegliche Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen abschafft. Sie besagt weiter, daß das Proletariat, um seine eigenen Klasseninteressen zu verwirklichen, die Klassen überhaupt abschaffen, daß es die klassenlose Gesellschaft, den Kommunismus schaffen müsse. Marx sagt also genau das Gegenteil von dem, was uns das ZB weismachen will: Er sagt uns, daß das Proletariat seine Klasseninteressen durch die proletarische Revolution konsequent durchsetzen müsse, und daß es eben dadurch die gesamte Menschheit befreien wird.

Ulbricht und das ZB

Das ZB verlangt von der Arbeiterklasse jedoch nicht nur, daß sie ihre Klasseninteressen 'den allgemeinen Interessen der Gesellschaft unterordnen' müsse, das ZB verlangt auch, daß die Arbeiterklasse im Kampf gegen den Faschismus ihre führende Rolle aufgeben solle. Zu diesem Zweck beruft sich das ZB - auf wen wohl? Auf niemand anderen natürlich, als auf den Renegaten Ulbricht.

'In einigen Versammlungen wurde die Frage gestellt, welche Partei gegenwärtig die führende sei: Nach meiner Meinung geht eine solche Fragestellung offenkundig von einem etwas engen Parteiinteresse aus. Wichtig ist es, zu sagen: Gegenwärtig führt die Einheitsfront der beiden Arbeiterparteien, der KPD und der SPD, und der Block der vier antifaschistischen-demokratischen Parteien.'
(Ulbricht, Werke Band III, S. 405)

Und ferner sagte Ulbricht:

'Die Kommunistische Partei ist eine Partei des Volkes, denn wir sagen im Aktionsprogramm, was getan werden muß, damit das normale Leben der Bevölkerung wieder in Gang kommt.'
(Band II, Seite 436)

**

Diesen revisionistischen Standpunkt vertrat Ulbricht nach dem Krieg in der sowjetisch besetzten Zone und vor der Verschmelzung von SPD und KPD zur SED. Diese Verschmelzung, die von Ulbricht offenkundig bereits vom Standpunkt des Verzichtes auf die führende Rolle der Arbeiterklasse in der antifaschistisch-demokratischen Revolution betrieben wurde, führte infolge der opportunistischen Art und Weise, wie sie durchgeführt wurde, zu dem Ergebnis der Liquidierung des bolschewistischen Charakters der Partei. Das ZB verteidigt dieses Vorgehen der Ulbricht-Clique voll und ganz. Auf die Kritik eines Genossen R. an diesem Standpunkt antwortet das ZB klipp und klar:

'Wir haben die historische Situation dargelegt,und nachgewiesen, daß Genosse R. in allen wesentlichen Punkten 'linke' Fehler macht. Und daß Ulbricht in allen diesen Fragen die richtige marxistisch-leninistische Linie vertrat.'
(Bolschewik, Nr. 6, Seite 85)

Die Liquidierung des bolschewistischen Charakters der Partei bedeutet praktisch den Verzicht auf die führende Rolle des Proletariats. Nur durch die bolschewistische Partei kann die Arbeiterklasse ihre Führungsrolle in der

ausführlicher mit den Theorien des ZB, aber auch mit der praktischen Politik der 'KPD/ML'- Rote Fahne, mit ihrer Agitation und Propaganda im Betrieb und auf der Straße befassen. Wir werden dies tun, um Klarheit darüber zu schaffe,n welche Kräfte in der marxistisch-leninistischen BBewegung Westdeutschlands und Westberlins wirklich bereit sind, bedingungslos den Weg des Marxismus, des Leninismus und der Maotsetungideen, den revolutionären Weg der Vorbereitung und Durchführung des gewaltsamen Sturzes der Bourgeoisieund der Errichtung der Diktatur des Proletariats zu gehen. Und wir werden schonungslos diejenigen Elemente entlarven, die sich in der marxistisch-leninistischen Bewegung eingenistet ha- zerren. Nur auf diese Weise wird es möglich sein, die Einheit aller wahren Marxisten-Leninisten in der bolschewistischen Partei des Proletariats zu erringen und dem modernen Revisionismus weitere Schläge zu versetzen.

Vorwärts auf dem Weg des Marxismus, des Leninismus und der Maotsetungideen!

Vorwärts auf dem Weg zur proletarischen Revolution!

Es lebe die Einheit aller wahren Marxisten-Leninisten in der bolschewistischen Partei!

HINWEIS

In der nächsten Ausgabe des Roten Morgen erscheint als Sonderbeilage eine Erklärung von ehemaligen Mitgliedern der Gruppe Rote Fahne Bochum und des KJVD unter dem Titel: Kämpft für die Einheit der Marxisten-Leninisten in der KPD/ML!

BETRUG IN BONN **Fortsetzung von Seite 3**

'Handel und Wandel' entstehen, sondern daß sie wie überhaupt alle Werte nur in der Produktion, von der Arbeiterklasse, geschaffen werden. Und gerade die Profitgier der Ausbeuter, die verschärfte Arbeitshetze und Ausbeutung ist es, die Krisen erzeugt, die also die Arbeitsplätze unsicher macht. Diese theoretische Einsicht wird heute Tag für Tag in der Praxis bestätigt und immer mehr Arbeiter spüren es am eigenen Leib: verschärfte Arbeitshetze und zunehmende Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit gehen Hand in Hand.

Auch in Staaten wie der Sowjetunion und Polen gibt es Arbeitslosigkeit. Und auch dort wird die Arbeitshetze verschärft. Wenn Leute wie Breschnew über 'schlechte Arbeitsmoral' klagen (die Kapitalisten bei uns klagen ganz genau so!), da meint er doch genau das! Von 'Krisenfreiheit', wie die DKP-Führer uns einreden wollen, kann gar keine Rede sein.

Wenn die DKP-Bonzen also von 'Handel und Wandel' reden und meinen: 'Das macht die Arbeitsplätze sicherer', dann lügen sie schon ganz genau so wie jeder andere Kapitalistenknecht.

Jeder Arbeiter muß dagegen wissen: Verhinderung von Entlassungen und soziale Verbesserungen, ebenso wie jeden Pfennig Lohnerhöhung, das erreichen wir nur durch unseren eigenen Kampf. Und wirkliche, bleibende Verbesserungen erreichen wir nur, wenn wir die Kapitalistenklasse und ihre Zuhälterbande, die uns etwas von 'Sicherheit durch Handel und Wandel' vorgaukeln will, zum Teufel jagen.

Vorbereitungen eines dritten Weltkriegs. Sie betreiben selbst eine aktive antikommunistische Hetze gegen China und gegen alle Revolutionäre.

Der zweite Grund: Die DKP-Bonzen wollen sich bei der SPD anbiedern, um vielleicht später einmal als Junior-Partei mit in die Regierung einziehen zu können. Schon jetzt leisten sie Wahlhilfe für die SPD, die sie als 'kleineres Übel' aufbauen. Bei revolutionären Aktionen, wie kürzlich den Fahrpreiskämpfen in Hannover, ist es ähnlich: von außen die SPD-Polizei, von innen die abwieglerischen DKP-Führer - beide arbeiten Hand in Hand.

Für die Arbeiterklasse kann es da nur eine Antwort geben: Nicht diese oder jene bürgerliche Parteil, nicht diesen oder jenen 'Volksvertreter', der auf Kosten der Arbeiter lebt, können wir unterstützen. Die Arbeiterklasse kann sich nur auf ihre eigene Kraft verlassen, sie muß den Kampf in die eigenen Hände nehmen.

'Die Massen machen die Geschichte' Dieser Grundsatz des Marxismus wird heute durch die revolutionären Kämpfe in aller Welt immer mehr bestätigt. Westdeutschland wird da keine Ausnahme machen, was die zunehmenden Streiks und anderen Aktionen der letzten Jahre beweisen.

Was wir heute am dringendsten brauchen, das ist eine starke Partei der Arbeiterklasse, die alle diese Kämpfe führen kann.

Unterstützt den Aufbau dieser Partei, unterstützt die KPD/Marxisten-Leninisten.



Die Klassenjustiz schützt die Kapitalisten und ihre Handlanger!

Zwar steht die Justiz angeblich 'über den Klassen', aber immer schlechter können die Kapitalisten ihre Geschichte verkaufen, daß bei uns alle vor dem Gesetz gleich sind. Auch die bürgerlichen Zeitungen müssen ab und zu von den Schweinereien berichten, die tagtäglich in den Amts- und Gerichtsstuben passieren. Aber während die bürgerlichen Reporter von 'Skandalen' sprechen und jedesmal verwundert tun, daß so was bei uns geschehen konnte, sagen wir Kommunisten ganz klar: Es ist kein Zufall, wenn ein Jugendlicher wegen Schwarzfahrens in der Straßenbahn zu einem Jahr Gefängnis verurteilt wird, die alten Naziverbrecher aber einer nach dem anderen freigesprochen werden. Es ist kein Zufall, wenn Kapitalisten ungestraft Wasser und Luft verpesten und verseuchen können, ein kleiner Ladendieb aber aufs Schärfste verfolgt wird. Die Justiz in diesem Staat ist eine Klassenjustiz. Sie ist brutal gegen die Werktätigen, die Kapitalisten und ihre Handlanger aber faßt sie mit Samthandschuhen an. Immer vertritt sie die Interessen der kapitalistischen Ausbeuter.

Nehmen wir allein die Strafen, die auf Eigentumsdelikte stehen. Sie sind im Vergleich zu anderen Strafen enorm hoch. Auf 'schweren Raub' steht eine Mindeststrafe von 5 Jahren Gefängnis. Trotzdem weiß die Kapitalistenklasse genau zu differenzieren: Unter 'Eigentum' ist natürlich ihr Eigentum zu verstehen, vor allem das Privateigentum an Produktionsmitteln, das 'Recht' auf Profit. Und so nimmt niemand es besonders krumm, wenn die Kapitalisten selbst sich jährlich etwa 15 Milliarden, zusätzlich zu ihren Profiten, unter den Nagel reißen durch alle möglichen Tricks und Schiebereien, durch Steuerhinterziehung, Betrugsunternehmen, betrügerische Bankrotte usw.:

● Der Flugzeugmanager Rothe in Bremen hat nachweislich 1 Million Mark auf solche Weise hinterzo-

● Der Firma Dewa in München wurde vorgeworfen, sich Millionenbeträge durch Automatenschwindel angeeignet zu haben. Sie wurde 'mangels Beweisen' freigesprochen.

● Der bayerische Staat hat dem Baron Finck ein 45 ha großes Grundstück für den qm-Preis von 1 DM verkauft. Finck, dieser größte Pfeffersack unter den westdeutschen Ausbeutern, verkaufte dieses Grundstück für 60 Mark pro qm weiter an die 'Neue Heimat'. Warum der bayerische Staat dem Finck praktisch 59 Mark pro qm geschenkt hat, das wird in diesem Staat natürlich von keinem Gericht untersucht.

Tausende solcher Fälle könnte man aufzählen! Die Täter kommen ungeschoren davon. Ein Oberstaatsanwalt hat selbst auch zugegeben: 'Die Möglichkeiten,

Schiller. Heute tun diese Leute natürlich so, als wären sie 'schon immer' Widerstandskämpfer gewesen. Diejenigen, deren Verbrechen doch zu offenkundig sind, wurden - der schönen Form halber - vor Gericht gestellt und meistens freigesprochen.

● So z.B. der Bankier und CDU-Berater Abs: Ihm wurde vorgeworfen, er habe sich als Mitglied des engeren Beirates der Deutschen Reichsbank durch die 'Arisierung' jüdischer Firmen bereichert. Vor Gericht wurde er freigesprochen. 'Eine abgewogene Entscheidung ist wegen Materialmangels nicht möglich'!

● Das Verfahren gegen Weihbischof Defregger, der während des Zweiten Weltkrieges für die Erschießung von Geiseln in Filetto verantwortlich war, wurde eingestellt. 'Es müßte schon ein Wunder geschehen, wenn Anklage gegen den Weihbischof Defregger erhoben würde', sagte Staatsanwalt Ludolph. Solche Wunder geschehen natürlich nicht in einem Staat, wo die Justiz nur ein Instrument ist zur Unterdrükkung der Arbeiterklasse.

● Bei der Hamburger Staatsanwaltschaft stellte man vor einiger Zeit fest, daß bei den 68 Großverfahren wegen NS-Verbrechen seit 1960 noch keine einzige Anklageschrift herauskam. Alle alten Nazigangster, wie z.B. der SS- und SD-Chef von Warschau, Hahn, sind noch auf freiem Fuß.

IM JUSTIZAPPARAT SELBST WIMMELT ES VON ALTEN NAZIS

Daß solche Ermittlungen gegen Naziverbrecher nicht sehr zügig vorangehen, braucht niemanden zu wundern, sind doch viele von denen, die hier 'ermitteln' sollen, selbst alte Nazis. So haben z.B. die bundesdeutschen Richter Hoffmann und Ferber aus Nürnberg den Juden Leo Katzenberger zum Tode verurteilt, weil er eine deutsche Geliebte hatte.

Vor einem Gericht wurden die beiden Verbrecher vor einiger Zeit zu nur zwei bzw. drei Jahren Gefängnis verurteilt. Die Strafe sollte, laut Urteilsbegründung, deshalb gering sein, weil das die einzige 'Verfehlung' im Leben der beiden sei. Wahrscheinlich war es die einzige, die zufällig aufkam!

● Aber noch viel größere Gangster gehen bei uns straflos aus. H.J. Rehse, genannt 'der Blut-

die Katze offen aus dem Sack: Die Weimarer Republik, der Hitlerstaat und die Bundesrepublik sind im Grunde alle das Gleiche; Alle drei sind Diktaturen der Bourgeoisie, unter etwas verschiedenen Formen zwar, aber im Prinzip gleich. Und in dieser Diktatur sind alle Mittel heilig, wenn die Macht der Ausbeuter gefährdet ist. Darum können die Leute das, was sie im Dritten Reich lernten, auch heute im Staats- und Justizdienst bestens anwenden.

● F. Mattern ist z.B. seit über 10 Jahren Bundesrichter am Bundesgerichtshof in Karlsruhe. 1942 hatte er Arbeiter zum Tode verurteilt, weil sie wegen 'Handels mit Brot- und Fleischmarken' und wegen 'Abhörens von Feindsendern' 'Volksschädlinge' seien. Mattern, der sich damals angeb-

ACHTUNG!

Alle Überweisungen und Spenden für den Roten Morgen nur noch auf folgendes Konto:

Verlag Ernst Aust
Postscheck-Konto
Hamburg 26 27 67

Schreiber, die Ingrid Reppel auf dem Gewissen haben (Münchner Banküberfall, August 71), wurde eingestellt.

● Dafür sitzt Fritz Teufel für 2 Jahre im Gefängnis, für einen Bombenanschlag, der ihm garnicht nachgewiesen ist.

● Dafür wurde Kunzelmann, ebenfalls wegen eines Bombenanschlags, bei dem keine Bombe losging und der ihm nicht nachgewiesen ist, zu 9 Jahren verurteilt.

● Dafür muß J.H. von Rauch für 2½ Jahre hinter Gitter, wegen 'Widerstandes gegen die Staatsgewalt'.

● Dafür wurde ein Münchner Arbeiter zu sechs Monaten verknackt, weil er in einem Lokal seine Gulaschsuppe (Höchstpreis 2 DM) nicht bezahlen konnte.

Wir dürfen uns darüber nicht wundern. Alles, was der Erhaltung dieses Staates dient, ist für die Bourgeoisie gut und richtig. Auch wenn es die brutalste, reaktionärste Gewalt ist.

DIE POLITISCHEN HANDLANGER DER KAPITALISTEN BEKOMMEN VON VORNHEREIN EINEN FREIBRIEF

● F.J. Strauß, CSU-Vorsitzender und ehemaliger Innen-, Außen-, Verteidigungs- und Finanzminister, hat hier besonders viel Stoff geliefert. Aber nach wie vor ist seine Weste natürlich weiß. Die wenigsten 'Affären' kamen vor Gericht und wurden, wenn das

gen. Wo andere für Jahre ins Gefängnis wandern, zahlte er nur 10 000 DM Geldstrafe. Kein schlechtes Geschäft für ihn!

gegeben: 'Die Möglichkeiten, Wirtschaftstäter zu fassen, wurden in den letzten 10 Jahren systematisch abgebaut.'

KAPITALISTEN RUINIEREN DIE VOLKSGESUNDHEIT - DIE KLASSENJUSTIZ DECKT DAS VERBRECHEN!

Genauso wie die Steuerbetrügereien, gelten auch die Umweltverschmutzung wie die Lärmbelästigung schlimmstenfalls als 'Kavaliersdelikt'. Erinnern wir uns:

● 20 000 Tonnen hochgiftige Raffinerieabwässer hat der Reeder, Playboy und Amateurtänzer Bernhold aus seinen Schiffen in den Rhein, die Ems und die Elbe schütten lassen. Dadurch hat er einen ungeheuren Schaden in diesen Gewässern angerichtet, sich selbst aber Millionen gespart, die eine unschädliche Vernichtung gekostet hätte. Und was war die Strafe? 85 000 Mark, 8 Monate mit Bewährung! Und dabei war es sowieso eine Ausnahme, daß dieses Verbrechen überhaupt vor Gericht kam!

● Genauso wurde die Firma Chemie Grünenthal milde angefaßt. Mit ihrem Medikament Contergan hat sie in Westdeutschland etwa 2000 Krüppel auf dem Gewissen. Selbst als die ersten Fälle von Mißbildungen bekannt wurden, hat sie das Medikament nicht sofort zurückgezogen. Und wie urteilte das Gericht? Das Verfahren wurde wegen Paragraph 153 eingestellt: Nichtverfolgung wegen Bagatellsache! Die Schuld der Angeklagten sei zu gering!

● Bald darauf spielte sich das gleiche beim Medikament Menocil ab. Auch dieses Medikament war gesundheitsschädlich, in manchen Fällen wirkte es sogar tödlich. Wieder wurde das Verfahren eingestellt.

● 1969 wurde in Mannheim ein Bauer verurteilt, weil er nasses Heu auf einer Uferwiese des Neckar verbrannt hatte und durch den Qualm vier Schiffe zu Schaden kamen. Zwei Jahre später stellte der gleiche Staatsanwalt ein Verfahren gegen die Badischen Anilin- und Soda-Fabriken BASF ein, die beschuldigt wurde, durch ihre Abgase Nebel auf dem Rhein zu erzeugen, in dem zwei Schiffe zusammengestoßen waren.

Natürlich scheren sich die Kapitalisten einen Dreck um die Gesundheit des Volkes (solange es noch gesund genug ist, täglich für sie zu schuften). Denn alle Maßnahmen gegen die Umweltverschmutzung gehen ja auf Kosten des Profits. Genscher hat 1971 versichert, er wolle natürlich keine Gesetze gegen die Umweltverschmutzung erlassen, die 'industriefeindlich' seien. Und die Gerichte decken den ganzen Schwindel!

DIE KLASSENJUSTIZ VERSCHONT NAZI-VERBRECHER!

Ein weiteres interessantes Kapitel aus der Klassenjustiz sind die alten Nazi-Verbrecher. Viele Beamte dieses Staates hatten Amt und Würden' bereits im faschistischen Hitlerstaat: Z.B. Exbundespräsident Lübke, Exkanzler Kiesinger, 'Superminister'

H.J. Rehse, genannt der Blutrichter', war Beisitzer von Freisler an Hitlers Volksgerichtshof, er hat etliche Arbeiter, Kommunisten und andere fortschrittliche Menschen auf dem Gewissen. 1968 wurde er in zweiter Instanz freigesprochen. Begründung: Auch der totalitäre Staat (gemeint ist der Hitlerstaat) habe ein Recht auf Selbstbehauptung. Auch die Bundesrepublik schütze sich ja durch die Notstandsgesetze. Und der Bluthund Noske, der 1919 die Arbeiteraufstände zusammenschießen ließ, sei auch nie vor ein Gericht gestellt worden.

Richter Oske, der den Freispruch Rehses begründete, ließ damit

lich als 'Knecht der Gesetze' fühlte, wurde natürlich nicht verurteilt. Heute ist er Bundesrichter und knechtet das Recht weiter - wie damals!

● Vor kurzem wurde bekannt, daß auch der oberste 'Verfassungsschützer' Schrübbers, im Dritten Reich als Staatsanwalt gegen Arbeiter Terrorurteile verhängte. So verurteilte er einen Arbeiter zu mehreren Jahren Zuchthaus, weil er 20 Pfennig für die 'Rote Hilfe' gespendet hatte! Heute wacht der gleiche Mann über das Grundgesetz. Was für ein Grundgesetz muß das wohl sein, das von solchen Verbrechem geschützt wird?

STAATSANWÄLTE ARBEITEN MIT DEN KAPITALISTISCHEN VERBRECHERN ZUSAMMEN

Aber auch heute tut sich einiges im Justizapparat. Die Zusammenarbeit zwischen Staatsanwaltschaft, Richtern und Kapitalisten funktioniert wie geschmiert. Vor einigen Wochen flog in Hamburg auf, daß Staatsanwalt von Below ein Verfahren gegen den Kapitalisten F.Busch eingestellt hatte, obwohl es um 1,36 Millionen DM Steuerhinterziehung ging. Stattdessen hatte Busch 400 000 DM an einen Verein gezahlt, dessen Vorsitzender - welcher Zufall - Staatsanwalt von Below war. Interessant war besonders, daß sich herausstellte, daß in Hamburg sowas gang und gäbe ist. Vor lauter Schreck über das Auffliegen des Schwindels beging von Below Selbstmord. Natürlich konnte das keiner seiner Kollegen verstehen. Die Angelegenheit hätte sich doch so leicht vertuschen lassen!

DER ANWACHSENDE JUSTIZ- UND POLIZEITERROR IST GEPLANT

Vergleicht man mit diesen milden Urteilen die Terrorurteile, die gegen Arbeiter, vor allem gegen Linke und Kommunisten gefällt werden, so sieht man ganz klar: Deutsche Richter richten solange gegen das Volk, bis das Volk sie richtet!

● In den letzten Jahren wurden mehr als 100 Menschen von der Polizei erschossen: Benno Ohnesorg, Petra Schelm, G.v. Rauch, Ingrid Reppel sind nur einige Namen. Die Polizisten, die diese Morde begangen haben, kamen in den wenigsten Fällen vor Gericht, und erhielten dann nur eine ganz leichte Strafe, wie z.B. der Mörder Benno Ohnesorgs, der heute wieder mit seinem Dienstrevolver fuchteln darf.

● Das Verfahren gegen Staatsanwalt Sechser und Polizeipräsident doch geschah, schnell wieder eingestellt. Der 'Fibag-Skandal' wurde vor einem Jahr abgeschlossen, ohne daß Strauß überhaupt als Zeuge vorgeladen wurde. Dabei soll Strauß damals als Kriegsminister ein 300-Millionen-Bauprojekt gefördert und dabei Schmiergelder eingesteckt haben. Ohne weitere Begründung erklärte der Richter, Strauß hätte mit der Sache nichts zu tun!

● Ein besonderer Fall ist der des CSU-Abgeordneten und Vorsitzenden des Bonner Kriegsvorbereitungsausschusses (offizieller Name: Verteidigungsausschuß) G. Zimmermann. In Bayern wird Zimmermann nur noch Meineidbauer oder 'Old Schwurhand' genannt. Selbst bürgerliche Gerichte mußten feststellen, daß er im Münchner Spielbankprozess einen Meineid geschworen hatte. In erster Instanz wurde er 1960 zu 4 Monaten verurteilt (Normalerweise stehen auf Meineid 5 Jahre). In zweiter Instanz wurde er ganz freigesprochen. Begründung: Nicht zurechnungsfähig. Im 'Verteidigungsausschuß' scheint Zimmermann immer bei klarem Verstand zu sein. Denn dort sitzt er heute noch.

FAZIT:

● Gegen Kapitalisten und ihre Helfershelfer wird ein Verfahren normalerweise gar nicht erst aufgenommen.

● Wenn es doch aufgenommen wird, so stellt man es möglichst schnell wieder ein, wegen 'Bagatellfalls', 'Mangels Beweismaterial' usw.

● Wenn die Schuld so offensichtlich ist, daß selbst bürgerliche Gerichte sie nicht übersehen können, dann wird der Angeklagte kurzerhand für 'unzurechnungsfähig für die Tatzeit' erklärt und freigesprochen.

Im Kapitalismus sorgt die Bourgeoisie mit allen Mitteln, ihre Macht aufrecht zu erhalten. Eines dieser Mittel ist die Klassenjustiz. Die hier aufgeführten Fälle sind keine skandalösen Einzelfälle, sondem die übliche Praxis, die Spitze eines Eisberges.



Die Richter richten solange gegen das Volk, bis das Volk sie richtet